

20

28. November 2003

medien heft

WSIS – Informationsgesellschaft global

Editorial

Judith Arnold

Der "World Summit on the Information Society" (WSIS), der vom 10. bis 12. Dezember in Genf stattfinden wird, behandelt nichts Geringeres als die Frage, wie wir künftig global kommunizieren wollen. – Wollen wir das überhaupt? Und wenn ja, können wir das auch? Der UNO-Gipfel zur Informationsgesellschaft wird mehr zu lösen haben als das Problem, wie weltweit alle Menschen mit Internet oder Mobiltelefonie versorgt werden können. Bereits die zahlreichen Vorbereitungskonferenzen zum WSIS haben gezeigt, dass das Verständnis von Kommunikation untrennbar mit der Kultur einer Gesellschaft verbunden ist. Und die Kulturen der 191 UN-Mitgliedstaaten, die am WSIS aufeinander treffen, könnten nicht unterschiedlicher sein. Da versuchen etwa Demokratien sich mit autoritären Staaten über Medienfreiheit zu verständigen. Kulturelle Diversität wird zwar hochgehalten, in keinem Verhandlungspunkt scheinen die Meinungen aber so divergent zu sein wie beim Recht auf Meinungsfreiheit. Wie frei also kann der Informationsfluss im Internet sein? Seit Computer miteinander kommunizieren können, werden grosse Erwartungen in die neuen Medien gesetzt: Die technische Verbindung soll gesellschaftliche Vernetzung schaffen und damit weltweit soziale und wirtschaftliche Entwicklung bringen. Ob diese Hoffnungen in die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien berechtigt sind, wird sich zeigen. Sicher ist, dass eine globale Informationsgesellschaft weit mehr als nur einen "digitalen Graben" zu überspringen hat. Letztlich geht es um interkulturelle Verständigung, und hierfür liefert der WSIS ein ebenso eindruckliches wie ernüchterndes Beispiel.

Impressum

Medienheft (vormals ZOOM K&M), ISSN 1424-4594

Herausgeber: Katholischer Mediendienst, Charles Martig; Reformierte Medien, Urs Meier

Redaktion: Judith Arnold, Adresse: Medienheft, Bederstrasse 76, Postfach 147, CH-8027 Zürich

Telefon: ++41 (0)1 204 17 70, Fax: ++41 (0)1 202 49 33, E-Mail: redaktion@medienheft.ch, Internet: www.medienheft.ch

kostenloser Bezug via Internet oder Mailingliste; Bezug der Medienheft Dossiers (zwei Ausgaben pro Jahr) im Abonnement inkl. Versand und exkl. Mwst. SFr. 30.-- (Ausland SFr. 35.--)

medien heft

Inhalt:

Neue Technologien rufen alte Geister

Informationsfluss ökonomisch und politisch gesteuert

Seite 9

Urs A. Jaeggi

Zu gross gedacht?

Der WSIS kämpft mit seinen Ambitionen

Seite 15

Wolfgang Kleinwächter

Zwischen Verhandlung und Vision

Das Schweizer Engagement für die Informationsgesellschaft

Seite 19

Interview mit Roberto Rivola und Rahel Egger

Die Medieninteressen am WSIS

Ein Ringen um den Status Quo?

Seite 25

Alexander Sami

Vom Engagement zur Strategie

Kirchliche Hilfswerke am WSIS

Seite 28

Matthias Müller

"Formieren" heisst das Zauberwort

Kirchen als globale Akteure der Zivilgesellschaft

Seite 32

Charles Martig

Die Informationsgesellschaft – eine Chimäre

Die Zivilgesellschaft auf der Suche nach mehr Demokratie

Seite 36

Werner A. Meier

Zum Beispiel eGovernment

Anwendungen der ICT in der Verwaltung

Seite 43

Michael Gisler

Neue Technologien rufen alte Geister Informationsfluss ökonomisch und politisch gesteuert

Die Debatte über die Informationsgesellschaft feiert fröhliche Urstände – möchte man meinen. Tatsächlich wird es nicht zum ersten Mal sein, wenn vom 10. bis 12. Dezember 2003 in Genf eine internationale Konferenz über die globalen Kommunikationsverhältnisse abhalten wird. Um die Hintergründe des "World Summit on the Information Society" (WSIS) und die kontroversen Positionen der UN-Mitgliedstaaten in der ganzen Tragweite zu erfassen, lohnt sich ein Blick in die Vergangenheit: Bereits vor gut zwanzig Jahren unternahm die UNESCO einen ersten Versuch, eine neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung (NWIKO) zu etablieren. Ausgangspunkt bildeten die ungleich verteilten Kommunikationsmöglichkeiten sowie der einseitig von Norden nach Süden gerichtete Informationsfluss. Der MacBride-Report "Many Voices – One World" (1980) sowie die Idee des "Free Flow of Information" fanden weithin Zustimmung, wenn auch nicht ungeteilte. Widerstand regte sich nicht primär aus dem Lager totalitärer Regimes, die eine allzu freiheitliche Kommunikation fürchteten, sondern von Seiten der USA, die hinter der NWIKO staatliche Medienregulierung und eine Gefährdung der Medienfreiheit witterten. Ausschlaggebend war wohl auch die Besitzstandwahrung marktbeherrschender Medienkonzerne. Jedenfalls war mit dem Austritt der USA aus der UNESCO das Schicksal der NWIKO besiegelt. Jetzt, rund zwanzig Jahre später, haben die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) das Thema der globalen Kommunikation wieder auf die Agenda gesetzt. Urs A. Jaeggi von der Organisation "Brot für alle" rollt die Geschichte der nicht mehr ganz jungen Informationsgesellschaft auf.

Zu gross gedacht? Der WSIS kämpft mit seinen Ambitionen

Ein Kenner der Geschichte ist auch Wolfgang Kleinwächter, Professor für internationale Kommunikationspolitik, der die Hintergründe des WSIS aus der Perspektive der "International Telecommunication Union" (ITU) angeht. Denn es war die ITU, die 1998 den Beschluss fasste, eine Weltkonferenz zur globalen Informationsgesellschaft abzuhalten, und die UNO um ein entsprechendes Mandat ersuchte. Denn sollen die Märkte der Telekommunikationsbranche weiter wachsen, müssen bestehende Barrieren abgebaut, und noch unerschlossene Regionen mit Telefonanschlüssen versorgt werden. Grundlage bildete der Bericht von Sir Donald Maitland "The Missing Link" (1984), der weit weniger umstritten war als der "MacBride-Report". Dass aber eine technikorientierte Organisation die UNO-Weltkonferenz zur Informationsgesellschaft durchführen sollte, konnte nicht ohne Folgen für die Konferenzthemen bleiben. Während zunächst eine "technokratische" Sichtweise vorherrschte, wurde mit der Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft an den vorbereitenden Diskussionen die WSIS-Agenda fortwährend erweitert. Als Vertreter der Zivilgesellschaft hat Kleinwächter die Organisation zivilgesellschaftlicher Interessen nicht nur beobachtet, sondern auch aktiv daran mitgewirkt. Als Mitglied des zivilgesellschaftlichen WSIS-Büros zeichnet er jetzt, am Ende des Vorbereitungsprozesses des Gipfels, ein nüchternes Stimmungsbild: Trotz dreier Vorbereitungskonferenzen, so genannter "Preparatory Committees" oder kurz "PrepComs", sowie zahlreicher ausserordentlicher Sitzungen konnte über die wirklich strittigen Konferenzthemen wie Menschenrechte, Cybersicherheit oder Internet Governance noch kein Konsens gefunden werden. Dabei verlaufen die Bruchlinien nicht nur zwischen den UN-Mitgliedstaaten, sondern auch zwischen den Regierungsdelegationen, den Vertretern der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

Zwischen Verhandlung und Vision

Das Schweizer Engagement für die Informationsgesellschaft

Die Schweiz, seit letzten Herbst Mitgliedstaat der UNO, ist Gastgeberland der ersten Phase des WSIS in Genf. Der Gipfel steht unter der Federführung der ITU und unter der Schirmherrschaft des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan. Die Aufsicht hat ein Organisationsausschuss (HLSOC) inne, der vom ITU-Generalsekretär Yoshio Utsumi präsidiert und von einem Exekutivsekretariat (WSIS-ES) am Sitz der ITU in Genf unterstützt wird. Zur Vorbereitung des WSIS in Genf hat die Schweiz unter der Leitung von Botschafter Daniel Stauffacher ein eigenes Exekutivsekretariat (WSIS-SES) eingerichtet. Auf Bundesebene ist das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) für die Vorbereitung und Durchführung des WSIS zuständig. UNO-Generalsekretär Kofi Annan hat zudem angeregt, den Weltgipfel zur Informationsgesellschaft nicht nur mit den UN-Mitgliedstaaten, sondern auch unter Einbezug des Privatsektors und der Zivilgesellschaft durchzuführen. Damit ist die Zivilgesellschaft erstmalig bei einem UN-Weltgipfel in weite Teile des Verhandlungsprozesses integriert. Der "multi-stakeholder approach" wurde auch von einigen UN-Mitgliedstaaten aufgegriffen, die nebst Regierungsvertretern auch Vertreter der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft in ihre offizielle Delegation aufgenommen haben – so auch die Schweizer Delegation unter der Leitung von Bakom-Direktor Marc Furrer. Die Struktur des WSIS bedingt, dass die Schweiz als Gastgeberland ein besonderes Interesse am Gelingen dieser Weltkonferenz hegt. Urs Meier sprach mit Roberto Rivola, Leiter Kommunikation des Schweizerischen Exekutivsekretariats, sowie mit Rachel Egger, Koordinatorin für die Schweizer Delegation am WSIS über ihr Engagement für die Informationsgesellschaft auf dem Parkett der Diplomatie.

Die Medieninteressen am WSIS

Ein Ringen um den Status Quo?

Keine Informationsgesellschaft ohne Medien, darin sind sich die Medienvertreter und die westlichen Industrienationen einig. Wer sonst, wenn nicht die Medien, sollen für die Aufbereitung und Vermittlung von Informationen zuständig sein? Und dass sie dies ungehindert und unbeeinflusst tun sollen, gehört zum Berufsethos westlicher Medien. Staaten hingegen, die keine Tradition der Meinungs- und Medienfreiheit kennen, bekunden ihre Mühe mit dem Gedanken an eine globale, offene und unkontrollierte Kommunikation wie dies über das Internet möglich wäre. Grundsätze wie das Recht auf freie Meinungsäußerung oder die Unabhängigkeit der Medien bilden daher ebenso Knackpunkte der Verhandlungen wie die Frage, wer künftig das Internet verwalten soll: weiterhin die unabhängige "Internet Corporation for Assigned Names and Numbers" (ICANN), die "International Telecommunication Union" (ITU) oder etwa die Regierung der jeweiligen Staaten, wie das China genehm wäre? Die EU unter der Präsidentschaft des Italienischen Staatschefs Berlusconi und die vom Terror gebeutelten USA haben sich nur zögerlich für die Interessen der Medien eingesetzt. Dass die Rolle der Medien in der Informationsgesellschaft überhaupt im Deklarationsentwurf und im Aktionsplan des WSIS thematisiert wird, ist nicht zuletzt dem anhaltenden Engagement der Schweizer Delegation zu verdanken. Alexander Sami, Medienvertreter in der Schweizer Delegation, fokussiert die Behandlung von Medieninteressen in der Vorbereitung des WSIS.

Vom Engagement zur Strategie

Kirchliche Hilfswerke am WSIS

Viele Themen, die am Weltgipfel zur Debatte stehen, sind für Entwicklungsorganisationen alles andere als neu. Kirchliche Hilfswerke wie "Brot für alle" und "Fastenopfer" sind mit dem Nord-Süd-Gefälle von Ressourcen bestens vertraut, das gilt auch für fehlende Infrastrukturen wie Telefonanschlüsse oder die ungleichen Kommunikationschancen von Medien der Entwicklungsländer. Insbesondere das Engagement der Hilfswerke für die Schaffung und Unterhaltung selbstverwalteter Gemeinschaftsmedien reicht weiter zurück. Es überrascht daher nicht, dass die Hilfswerke in der Schweiz eine führende Rolle übernommen haben in der Organisation der zivilgesellschaftlichen Interessen am WSIS. "Brot für alle" hat sich zunächst mit anderen Schweizer Hilfswerken zusammenschlossen und anschliessend mit weiteren Nichtregierungsorganisationen wie Mediengewerkschaften die "Schweizer Plattform für eine partizipative Informationsgesellschaft" gegründet. Diese ging später auf in der Comunica-ch, der "Schweizer Plattform zur Informationsgesellschaft". Diese Vernetzungsarbeit war ebenso zentral wie die Ausarbeitung einer alternativen Deklaration und eines alternativen Aktionsplans in Analogie zu den offiziellen Dokumenten des WSIS zur Bekräftigung der zivilgesellschaftlichen Interessen. Vernetzungsarbeit findet aber letztlich nicht über Organisationen, sondern über Personen statt, die in vielfältige Strukturen eingebunden sind. Matthias Müller, Radiojournalist und Mitarbeiter im Katholischen Mediendienst, gibt Einblick in das Netz der Schweizer Zivilgesellschaft im Hinblick auf den WSIS.

"Formieren" heisst das Zauberwort

Kirchen als globale Akteure der Zivilgesellschaft

Katholische Medienorganisationen wie SIGNIS oder UCIP bewegen sich auf internationaler Ebene und sind gut vernetzt. Funktionierende Arbeits- und Kommunikationsstrukturen bilden denn auch die Basis ihrer Handlungsfähigkeit für mehr Gerechtigkeit in der globalen Kommunikation. Bevor sie jedoch die Ressourcen für die zivilgesellschaftlichen Anliegen der Informationsgesellschaft bereit stellen können, bedarf es noch einer stärkeren Sensibilisierung und Vernetzung. Zum Zeitpunkt der ersten Phase des WSIS im Dezember befinden sich die katholischen Organisationen noch mitten im Formierungsprozess, wobei die Plattform C.I.O.C. mit dem "Centre Catholique International de Genève" wichtige Koordinationsfunktionen wahrnimmt. Um ihre Anliegen zu vertreten, verfolgen die katholischen Organisationen mehrere Strategien: Zum einen suchen sie über christliche Hilfswerke eine Mitwirkung in den Regierungsdelegationen mit tripartiter Struktur, zum anderen sind Bestrebungen vorhanden, den Vatikan über den Nuntius in den WSIS-Prozess einzubinden. Letzteres jedoch entfernt die katholischen von den ökumenischen Organisationen, die ebenfalls starke Allianzpartner sind. Gerade die "Weltvereinigung für christliche Kommunikation" WACC schafft nicht nur über den Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) und ihre Verbindungen in über hundert Ländern eine denkbar breite Basis, sondern beweist auch über ihre demokratische Kommunikationsstruktur und ihre offene Internetplattform, dass sie mit den Herausforderungen der Informationsgesellschaft bestens vertraut ist. Wie sich die katholischen Organisationen der C.I.O.C.-Plattform mit der WACC und dem ÖRK koordinieren werden, ist noch offen. Wenn aus dem Formierungsprozess ein starker zivilgesellschaftlicher Akteur für die Informationsgesellschaft hervorgeht, ist für Charles Martig, Geschäftsführer Katholischer Mediendienst, das Ziel der katholischen Organisationen am WSIS in Genf erreicht.

Die Informationsgesellschaft – eine Chimäre

Die Zivilgesellschaft auf der Suche nach mehr Demokratie

Die dezentrale Struktur des Internets verleitet zur Annahme, dass über diese Infrastruktur auch eine dezentralisierte, sprich demokratische Kommunikation erfolgen müsse. Jedenfalls wurden zu Beginn des Internet-Booms grosse Hoffnungen in das Demokratisierungspotenzial der neuen Informations- und Kommunikationsmedien (ICT) gesetzt. Bisher ist davon wenig zu spüren. Auch ist unklar, ob die "Informationsgesellschaft" überhaupt eine adäquate Umschreibung dessen ist, was die Gesellschaft dieser Tage umtreibt. Haben die ICT wirklich tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen bewirkt oder werden diese nur herbeigeredet? Medienwissenschaftler Werner A. Meier geht davon aus, dass das Konzept der Informationsgesellschaft technikfixiert und im Grunde gar demokratiefeindlich ist. In acht markanten Thesen formuliert er seine Kritik an einer einseitigen Fixierung auf die Informationstechnologien, den Technikdeterminismus und die ökonomische statt politische und demokratisch legitimierte Ausgestaltung der Informationsgesellschaft. Von der Kritik nicht ausgenommen sind die Bemühungen von Regierung und Verwaltung, die ICT unter dem Konzept eGovernment in ihre Strukturen zu integrieren.

Zum Beispiel eGovernment

Anwendungen der ICT in der Verwaltung

Wie eGovernment als ganzheitliches Konzept zu verstehen ist, erläutert Michael Gisler, Leiter der Fachgruppe "eGovernment" von SwissICT. Gleichzeitig liefert er damit ein konkretes Beispiel, welche Effekte die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) auf gesellschaftliche Strukturen und Prozesse haben können. Ausgehend von den Visionären der "postindustriellen Gesellschaft" in den 70er-Jahren und der wegweisenden Evaluation der Informations- und Kommunikationsstrukturen in der Schweiz Mitte der 90er-Jahre legt Gisler die grundlegenden Komponenten von eGovernment dar. Diese reichen von der internen Vernetzung innerhalb der Behörden auf allen föderalistischen Ebenen bis hin zur externen Kommunikation der Verwaltung mit Bezugsgruppen der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern. Dabei wird auch deutlich, welche rechtlichen Fragen sich bei der technischen Vernetzung von Verwaltungseinheiten stellen. Die Ausführungen zeigen etwa, dass gerade dort, wo die ICT ein demokratisierendes Potenzial entfalten könnten, noch grosse Rechtsunsicherheiten bestehen. Im Endeffekt ist eGovernment ein Konzept des Verwaltungs-Managements und daher Chefsache. Die grössten Veränderungen, welche die ICT in der Verwaltung mit sich bringen, treffen wohl primär die Mitarbeitenden.

Judith Arnold

Neue Technologien rufen alte Geister

Informationsfluss ökonomisch und politisch gesteuert

Urs A. Jaeggi

Alle Menschen unbesehen ihrer Herkunft und ihres sozialen Umfeldes in das "globale Dorf" zu integrieren ist das Bestreben der UNO-Weltkonferenz zur Informationsgesellschaft. Die gleiche Absicht hatte vor bald zwanzig Jahren der gescheiterte Versuch der UNESCO, eine neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung zu etablieren. Einiges deutet darauf hin, dass trotz neuer Technologien alte Besitzstandswahrung wirkliche Fortschritte verhindern wird. Die Informationsgesellschaft kommt in die Jahre. Wird sie auch erwachsen?

Wenn am 10. Dezember dieses Jahres in Genf die UNO-Weltkonferenz zur Informationsgesellschaft (WSIS) eröffnet wird, sind es fast auf den Tag genau neunzehn Jahre her, seit die USA aus der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) ausgetreten sind. Anlass dazu gab der Vorschlag zur Einführung einer neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung (NWIKO). Deren Hauptanliegen war es, den freien Fluss von Informationen (Free Flow of Information) weniger einseitig von Norden nach Süden fließen zu lassen und insbesondere den Entwicklungsländern bessere und gerechtere Zugangsmöglichkeiten nicht nur zum Empfang von Informationen, sondern auch zu deren Produktion, Vermittlung und Verbreitung zu verschaffen.

Mitten im Kalten Krieg, der die Welt in die zwei ideologischen Lager des Kapitalismus und des Kommunismus spaltete – oder in so genannt freiheitlich demokratisch und totalitär geführte Staaten – witterten die USA hinter der NWIKO allerdings mehr als nur den Versuch, die nicht reziproken Informationsflüsse von Norden nach Süden auszubalancieren und eine gerechtere Medienordnung zu schaffen. Sie sahen darin das Vorhaben, die Medienfreiheit nach westlichem Vorbild durch eine inskünftig staatliche Medienlenkung auszuhebeln. Das war allerdings nur der äussere Vorwand. In Wirklichkeit ging es den USA und ihrer damaligen Gefolgschaft – Grossbritannien und Singapur verliessen die UNESCO ebenfalls – in erster Linie um die Erhaltung ihrer Vormachtstellung im Kommunikationsbusiness. Sie kontrollierten schon zu dieser Zeit weite Bereiche der Film- und Fernsehindustrie, des internationalen Nachrichten- und Informationsmarktes, des Vertriebs von Wirtschafts- und Wissenschaftsdaten wie auch des Hard- und Softwaresektors. Und wie heute die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) versprach auch damals ein technologischer Quantensprung einen wirtschaftlich markanten Ausbau des ohnehin schon globalen Kommunikationsgeschäfts: die für Kommunikations- und Informationszwecke eingesetzten Satelliten.

Medien- und Kulturimperialismus als Ausgangspunkt

Historisch hat die Forderung nach einer neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung ihre Wurzeln in den antikolonialen Bewegungen der 20er- und 30er-Jahre. Der "Kongress der unterdrückten Nationen" 1927 in Brüssel, woran Persönlichkeiten wie Jomo Kenyatta, Kwame Nkrumah, Ho Chi Minh und Aimé Césaire teilnahmen, machte die Befreiung vor kultureller Unterdrückung zum Thema. Das Gleiche geschah – Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges – an den beiden Gründungskonferenzen der blockfreien Staaten in Bandung (1955) und Kairo (1961). Und in Tunesien

wurde 1976 in einer Abschlusserklärung der Konferenz der blockfreien Staaten zur Situation der Massenmedien festgehalten, dass westliche Medien die tief verwurzelten kulturellen Werte der Völker in den Entwicklungsländern verändern und deren Lebensstil systematisch zerstören würden.

Entwicklungsländer und blockfreie Staaten waren es denn auch, die gegen Ende der 70er-Jahre die Forderung nach einer neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung (NWIKO) auf die Ebene der Vollversammlung der Vereinten Nationen und der UNESCO trugen. Konkreter Ausgangspunkt war dabei der von den Entwicklungsländern erhobene Vorwurf des Medien- und Kulturimperialismus und insbesondere die Konzentration der Informationsvermittlung auf die vier westlichen Nachrichtenagenturen Associated Press (AP), United Press International (UPI), Reuters und Agence France Presse (AFP) sowie auf die im Osten absolut dominante Agentur Tass in der damaligen Sowjetunion.

Viele Stimmen – eine Welt

Seit ihrem Bestehen bemüht sich die UNESCO um eine Verbesserung der weltweiten Kommunikationssituation, und zwar auf der Grundlage ihrer Verfassung, die von ihr verlangt, "im Dienste der uneingeschränkten Verfolgung der objektiven Wahrheit und des freien Austausches von Gedanken und Wissen" zu wirken und dazu die "Kommunikationsmittel zwischen den Völkern zu vermehren". Im Bewusstsein um die zunehmende Bedeutung der Informationsmedien im Alltag der modernen Gesellschaft beauftragte 1976 die 19. Vollversammlung der UNO in Nairobi ihren damaligen Generalsekretär Amadou Mahtar M'Bow mit einer Untersuchung aller Kommunikationsprobleme in der heutigen Gesellschaft. M'Bow setzte in der Folge eine aus sechzehn ausgewiesenen Persönlichkeiten verschiedener Herkunft gebildete Kommission ein, die unter dem Vorsitz des irischen Friedensnobelpreisträgers Sean MacBride die Arbeit aufnahm.

Der Bericht dieser Kommission, "Many Voices – One World" (Viele Stimmen – eine Welt) vermittelte nicht nur einen hervorragenden Überblick über die weltweite Kommunikationssituation von damals, sondern forderte auch konsequent deren Veränderung. Sollte die Kluft zwischen armen und reichen Ländern, die auch im Bereich der Kommunikation herrscht, aufgehoben und die Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, an den neuen technischen Entwicklungen im Kommunikationswesen teilzuhaben, brauche es neue nationale und internationale Regelungen. Die menschliche Geschichte, so MacBride in der Einleitung zum Bericht, werde immer mehr zu einem Wettlauf zwischen Kommunikation und Katastrophe. Oder anders formuliert: Sollte es nicht gelingen, Information und Kommunikation zur Mobilisierung und Sensibilisierung der öffentlichen Meinung für die wichtigsten Weltprobleme und deren schrittweise Lösung durch gemeinsame Aktionen auf nationaler und internationaler Ebene einzusetzen, käme dies einer wesentlichen Verschlechterung der Weltlage gleich.

Die Fallstricke: Besitzstandswahrung und Regulierungsfrage

Der Abbau bestehender Ungerechtigkeiten und Ungleichgewichte war denn auch der Ausgangspunkt der Überlegungen der Kommission zur NWIKO. Das freute einerseits die Entwicklungsländer und tangierte andererseits die massiven wirtschaftlichen und politischen Interessen der Industrienationen. Besonders die Forderung nach einer Veränderung der Macht- und Besitzverhältnisse im Kommunikationsbereich als Grundlage für die NWIKO erschien vielen westlich orientierten Nationen und auch den einflussrei-

chen multinational tätigen Medienunternehmen inakzeptabel. Das war der eine wichtige Grund, weshalb der MacBride-Bericht unter Beschuss geriet und das Vorhaben für eine NWIKO zum Scheitern verurteilte. Der andere war die unterschiedliche Auffassung zwischen Westen und Osten bezüglich des institutionellen Rahmens, in welchem sich die Informations- und Meinungsäusserungsfreiheit – nach Auffassung der MacBride-Kommission garantierte Menschenrechte – abzuspielen habe. In den westlich orientierten Ländern, so auch mehrheitlich in der Schweiz, herrschte die Meinung vor, das Recht auf Information und freie Meinungsäusserung habe ausschliesslich im Rahmen des freien Spiels von wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Mechanismen stattzufinden. In den sozialistischen Ländern, insbesondere des europäischen Ostens, glaubte der Staat die Verantwortung für den Schutz der allgemeinen und privaten Interessen übernehmen zu müssen.

Privatisierung der Debatte

Mit dem Austritt der USA aus der UNESCO und der skeptischen, wenn nicht ablehnenden Haltung zum MacBride-Bericht vieler anderer Staaten vor allem aus der nördlichen Hemisphäre war das Schicksal einer neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung politisch besiegelt. Doch nicht nur das: Mit ihrer keineswegs spontanen, sondern langfristig vorbereiteten Strategie ist es den USA gelungen, die UNESCO als Diskussions- und Entscheidungsgremium für Kommunikationsfragen und internationale Medienpolitik auszuschalten. Die öffentliche Debatte um die Zukunft der Kommunikation und der Wissens- und Informationsgesellschaft wurde sehr gezielt in Institutionen wie das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) – heute Welthandelsorganisation (WTO) –, die Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Internationale Fernmeldeunion (ITU), die Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO) oder gar in die G7- oder G8-Treffen verlegt.

Erreicht wurde damit zweierlei: Einmal wurde die politische Diskussion um Kommunikationsfragen und internationale Medienpolitik von der kulturellen und gesellschaftlich-ethischen Ebene weg auf eine wirtschaftlich-technologische Ebene verlagert. Hat die UNESCO Themen wie freier Informationsfluss, Medienfreiheit oder Zugang für alle zu den Informationsmedien diskutiert, richtet sich die Agenda der jetzt in die internationale Medienpolitik involvierten Institutionen eher nach dem Gusto der Vereinigten Staaten und der Medienmultis: Diesen geht es nämlich weniger um die Freiheit der Medien und Meinungen als um freie Marktzugänge für ihre Technologien und Medienunternehmen. Zudem wurde die medienpolitische Diskussion in Institutionen verlagert, die den USA und den reichen Nationen eine massgeblich grössere Einflussnahme erlauben. Sie können dort ihre Interessen wesentlich einfacher durchsetzen als in einer Weltorganisation wie der UNESCO, die nach dem Prinzip "ein Land, eine Stimme" funktioniert und den ansonsten benachteiligten Entwicklungs- und Schwellenländern ein beachtliches Potential an Mitbestimmung gewährt.

Stagnation trotz Entwicklung

Heute stehen wir kommunikationspolitisch etwa am selben Ort wie Ende der 80er-Jahre – trotz Überwindung des Ost-West-Konfliktes und trotz erneutem technologischem Quantensprung mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT), die eigentlich die Entwicklung zum globalen Dorf beschleunigen müssten. Trotz Internet, mobiler Telefonie und anderer Formen der Telekommunikation besteht die Kluft

zwischen Menschen, die Zugang zu Informationen und Wissen haben, und solchen, die davon ausgeschlossen oder nur ungenügend damit versorgt sind, weiterhin. Vom "digitalen Graben" ist im heutigen Sprachgebrauch die Rede, und von den "Informationsreichen" und den "Informationsarmen" (information rich, information poor). Und wie schon früher verläuft der "digitale Graben", der eigentlich eher ein Informationsgraben ist, parallel zum Graben zwischen Reich und Arm.

Weiterhin sind es der einseitige und kontrollierte Fluss der Informationen, die selektive Bewirtschaftung interessanter Märkte, die Macht- und Besitzansprüche transnationaler Medienunternehmen, aber auch die Einschränkung des freien Informations- und Datenflusses aus staats- und sicherheitspolitischen Gründen, die den Zugang aller Menschen zu Information und Wissen behindern oder gar verunmöglichen. In einer wirtschaftlich liberalisierten und gerade im Bereich der Kommunikation weitgehend auch deregulierten Welt ist die Herstellung und Verbreitung von Informationen und Daten aller Art mittels Telekommunikation zu einem noch spektakuläreren Business mit hohen – möglicherweise zu hoch eingeschätzten – Wachstumsraten geworden. Dies lässt wenig Hoffnung für die Informations-Habenichtse, schon in Kürze zu vollwertigen Mitgliedern der Informationsgesellschaft zu werden.

Neustart unter schwierigen Voraussetzungen

In der Tat waren es der digitale Graben in all seinen Ausformungen und damit die fehlenden Zugangsmöglichkeiten zu Information und Wissen vieler Gesellschaften und Gesellschaftsschichten, welche die "International Telecommunication Union" (ITU) 1998 dazu bewogen, eine Weltkonferenz zur Informationsgesellschaft vorzuschlagen. Die UNO-Vollversammlung akzeptierte diesen Vorschlag drei Jahre später und beschloss, dass das Generalsekretariat der Vereinten Nationen diesen Weltgipfel einberufen müsse. Die ITU wiederum erhielt den Auftrag, den Anlass zusammen mit der UNO, anderen interessierten Organisationen und den Gastgeberstaaten Schweiz (2003) und Tunesien (2005) zu organisieren. Mit der Beauftragung der ITU als federführende Institution wurde, wie sich bald zeigen sollte, eine Weichenstellung in die falsche Richtung vollzogen. Die Fernmeldeunion ist zwar eine wichtige Akteurin bei der Ausarbeitung internationaler Standards und technischer Normen im Kommunikationsbereich (z.B. Vergabe von Satellitennetzen, Rundfunkfrequenzen oder Telefoniestandards). Sie hat aber weder eine Gesamtvision, wie eine zukünftige Informationsgesellschaft aussehen könnte, geschweige denn Erfahrung, was die sozialen und politischen Herausforderungen an die Weltkonferenz und deren Teilnehmer betrifft.

Ausflüchte in die Spielwiese der Technik

Unter diesen Voraussetzungen war es keineswegs erstaunlich, dass die USA vorschlugen, der UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft solle sich auf die drei Themen "Technische Infrastruktur", "eCommerce / eLearning" und "Sicherheit" – klar infolge des 11. September 2001 – konzentrieren. Damit wollten sie genau das verhindern, was sie vor fast 20 Jahren zum Austritt aus der UNESCO bewog: eine ausführliche Debatte über die herrschenden Zustände im Kommunikationsbereich und deren mögliche Veränderung. An ihren Machtpositionen wollen weder die USA noch die als Global Players auftretenden Medienmultis rütteln lassen. Ihre Taktik scheint, zumindest vorläufig, aufzugehen: Im Vorfeld von Genf, an den so genannten Preparatory Committees (kurz PrepComs), wurde die Frage, was denn die Informationsgesellschaft überhaupt sei, nach kurzer Debatte schlicht ausgeblendet, so zumindest im Plenum, das sich im We-

sentlichen allein auf den Grundsatz zu einigen vermochte, dass auf dem Globus jede Frau und jeder Mann überall und jederzeit erreichbar sein sollen: Bis 2005 sollen sämtliche Regierungen und Universitäten und bis 2010 alle Dörfer der Welt im Internet vernetzt sein. Der Aufbau einer Infrastruktur für neue Informations- und Kommunikationstechnologien und eine möglichst liberalisierte Marktwirtschaft sollen es richten. Verwundern tut das niemanden. Regierungen – sowohl jene, die immer deutlicher unter dem Diktat der Wirtschaft stehen, wie auch jene, denen der freie Austausch von Meinungen und Gedanken als eine Form von Subversion erscheint – zeigen wenig Lust auf eine Diskussion um eine Informationsgesellschaft, wie sie im Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gefordert wird: mit dem Recht auf freie Meinung und Meinungsäußerung sowie der Freiheit, sich ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut durch Mittel jeder Art zu beschaffen.

Bewegung in der Zivilgesellschaft

Dass sich dennoch etwas bewegt, ist den zivilgesellschaftlichen Akteuren zu verdanken, die sich im Vorfeld des WSIS in die Debatte eingeschaltet haben. Die Zivilgesellschaft – ein Konglomerat aus Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen, etc. – verlangt, dass die Gestaltung einer zukünftigen Informations- und Wissensgesellschaft nicht allein den Regierungen unter Beizug des von seinen eigenen Interessen geprägten Privatsektors überlassen werden darf. Vielmehr, postulieren die zivilgesellschaftlichen Akteure, müssten die Bedürfnisse der Menschen, die jenseits des digitalen Grabens leben, der Ausgangspunkt aller Überlegungen und Massnahmen bilden. Der ungenügende oder gar fehlende Zugang zu Informationen und Wissen, aber auch das Faktum, sich als Gesellschaft nicht mit anderen Gesellschaften austauschen zu können, seien Teil ihrer Armut. Um dagegen anzutreten, müsse neben den Regierungen und der Wirtschaft auch die Zivilgesellschaft in die Diskussion um die Zukunft der Informationsgesellschaft miteinbezogen werden.

Die zivilgesellschaftlichen Akteure – unter ihnen insbesondere die entwicklungspolitisch engagierten Nichtregierungsorganisationen – fordern vom WSIS eine Ausgestaltung der Informationsgesellschaft, die nicht einzig ökonomische und technische Kriterien berücksichtigt, sondern Inhalte in den Mittelpunkt stellt. Sie erwarten von den beiden Weltkonferenzen eine Tagesordnung, die auch ethische und soziale Aspekte aufgreift. Die Anliegen der Zivilgesellschaft lassen sich dabei wie folgt zusammenfassen:

- Der Zugang zu den Informationsmedien muss sowohl auf der Empfänger- wie auch auf der Produzentenseite insbesondere in Entwicklungsländern und benachteiligten Randregionen ermöglicht werden.
- Der Zugang zu den Kommunikationsmedien beinhaltet auch den Zugang zu Medieninhalten. Dabei sollte die kulturelle Identität der Gesellschaft unterschiedlicher Länder gewahrt werden. Ein Service Public muss auch in Entwicklungsländern sichergestellt sein, und Gemeinschaftsmedien sollen gefördert werden. Anzustreben ist zudem eine Verminderung der Machtkonzentration auf wenige, weltweit tätige Medienmultis, aber auch auf nationale und regionale Medienkonzerne durch Diversifikation.
- Die Partizipation jedes Individuums – vor allem auch der Frauen – und der Gemeinschaft am öffentlichen Leben muss gewährleistet sein. Dabei ist die Rolle der so genannten "Community Medias" wie Gemeinschaftsradios, lokale TV-Stationen, Videos und Printmedien zu berücksichtigen.

medien heft

- Der Austausch von Inhalten, die Möglichkeit der Intervention, die Bildung und die soziale Entwicklung müssen im Vordergrund stehen.
- Faire Patent- und Urheberrechte sollen den freien Zugang zu Informationen und Wissen sichern.
- Die Teilnahme von Entwicklungsländern an internationalen Regulierungsentscheidungen, wie sie im Bereich der Telekommunikation etwa in der Welthandelsorganisation (WTO) oder der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) getroffen werden, muss gewährleistet sein.

Die Nichtregierungsorganisationen und weitere Akteure der Zivilgesellschaft sind nicht zuletzt durch ihre Vernetzung zu einer unüberhörbaren Stimme geworden, auch wenn das einige Regierungen nach wie vor nicht einsehen wollen. Die Nichtberücksichtigung der zivilgesellschaftlichen Anliegen würde klar das Scheitern des Welt-Informationsgipfels bedeuten. Viel wird davon abhängen, ob es dem Gastgeberland Schweiz gelingen wird, seine Vorstellungen über die Struktur der Konferenz durchzusetzen, die sich von früheren UNO-Konferenzen wesentlich abhebt. Nicht nur die Regierungsdelegationen der Nationalstaaten sollen nämlich an den Debatten teilnehmen und Beschlüsse fassen. Vielmehr soll der Gipfel eine tripartite Struktur erhalten, in welcher die Regierungen, der private Sektor, also die Wirtschaft, aber auch die Zivilgesellschaft gleichberechtigt vertreten sind. Diese Vorstellung, die übrigens von UNO-Generalsekretär Kofi Annan befürwortet wird, ist an den Vorbereitungskonferenzen zu einem "casus belli" geworden. Die vorgeschlagene Beteiligung der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft wurde nämlich sehr unterschiedlich interpretiert: "Wer drin ist, darf auch mitreden", meinten die einen – "sie dürfen rein, sollen aber schweigen", sagten die anderen. Praktisch sah es an der dritten Vorbereitungskonferenz (Prepcom3) in Genf so aus, dass die Vertreter der Zivilgesellschaft aus dem Verhandlungssaal geschickt wurden, wenn die Mehrheit der Regierungsdelegationen es für angebracht hielt, lieber unter sich zu bleiben.

Urs A. Jaeggi ist Redaktor und Journalist bei der Entwicklungsorganisation "Brot für alle" in Bern. Er beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Medienpolitik und Medienentwicklung, insbesondere unter Berücksichtigung des Nord-Süd-Aspekts.

Literatur:

MacBride, Sean (Ed.) (1980): Many Voices – One World: Communication and Society Today and Tomorrow. UNESCO, Paris.

Links:

Many Voices – One World Part I.: <http://isu.indstate.edu/rvincent/mcbcon1.htm>

Many Voices – One World Part II.-VII.: <http://isu.indstate.edu/rvincent/mcbcon2.htm>

Zu gross gedacht?

Der WSIS kämpft mit seinen Ambitionen

Wolfgang Kleinwächter

Die Vorbereitungen zum Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS), der im Dezember 2003 in Genf mehr als achtzig Staats- und Regierungschefs sowie hochrangige Persönlichkeiten der privaten Industrie und der Zivilgesellschaft zusammenbringen soll, sind in schwere Turbulenzen geraten. Kontroversen in Sachfragen wie Menschenrechte, Cybersicherheit und Internet Governance überlagern sich mit Auseinandersetzungen zwischen Regierungen und Akteuren der Zivilgesellschaft über den grundlegenden Charakter der geplanten Abschlussdokumente: Deklaration und Aktionsplan. Während es keinen Dissens gibt, dass bis zum Jahr 2015 jeder bis ins letzte Dorf dieser Welt Anschluss zum Internet haben sollte, gehen die Meinungen darüber, auf welcher Grundlage und wie dies zu erreichen sei, auseinander.

Um die Kontroversen zu verstehen, die den Vorbereitungsprozess des WSIS von Anfang an begleiten, lohnt sich ein Blick zurück in die Geschichte. Als 1998 in Minneapolis auf der alle vier Jahre stattfindenden Vollversammlung der "Internationalen Fernmeldeunion" (ITU – International Telecommunication Union) vorgeschlagen wurde, im Jahr 2003 eine Weltkonferenz zum Thema "Globale Informationsgesellschaft" durchzuführen, gab es nicht viel Widerspruch. Der Internet-Boom hatte gerade eingesetzt und vielen war klar, dass die Eroberung des Cyberspace einer gründlichen internationalen Diskussion bedarf.

Von "Digital Divide" zu "Digital Opportunities"

Ein Jahr zuvor, 1997, hatte das US-Wirtschaftsministerium seine erste Studie zur Internet-Nutzung in den USA veröffentlicht und dabei feststellen müssen, dass der Zugang zu dem neuen Medium sehr ungleich verteilt ist. Während bereits damals etwa vierzig Prozent der gut verdienenden und hoch ausgebildeten weissen Amerikaner Zugang zum Internet hatten, war bei den schlecht verdienenden und wenig gebildeten Schwarzen die Zugangsquote bei unter zwei Prozent. Ira Magaziner, damals Internet-Berater von Präsident Clinton, nannte die neue Spaltung der US-Gesellschaft den "Digital Divide". Man müsse etwas tun, so die Reaktion der Clinton-Administration auf diese Studie, um diesen "Digital Divide" in "Digital Opportunities" (digitale Möglichkeiten) zu wenden. Clinton persönlich und sein Vize Al Gore besuchten damals regelmässig Schulen, um die junge Generation für das Internet zu begeistern.

Dass der ungleiche Zugang zum Internet kein US-amerikanisches Phänomen war, lag auf der Hand. Insofern war es nicht überraschend, dass sich die 1998 in Minneapolis versammelten Regierungen schnell einig waren, dass man die digitale Spaltung der Welt durch ein koordiniertes Aktionsprogramm überwinden müsse. So weit so gut, aber wie? Die ITU schien damals diejenige UN-Organisation zu sein, die die grösste Fachkompetenz in diesem Bereich besass. Zwar hatte die UNESCO bereits in den 70er- und 80er-Jahren eine Debatte über die Schaffung einer neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung (NWIKO) geführt. Aber abgesehen davon, dass zu dieser Zeit das Internet noch keine Rolle spielte, war die NWIKO-Debatte in die Mühlen der Spätphase des Kalten Krieges geraten und gescheitert. Die ITU hatte sich damals bereits mit ähnlichen Fragen beschäftigt und 1984 eine Kommission unter der Leitung des ehemaligen

britischen Telekommunikationsministers Sir Donald Maitland einberufen. Diese verfertigte einen Bericht mit dem Titel "The Missing Link" (1984), worin die weltweit ungleiche Verteilung der Zugänge zum Telefon angeprangert wurde. Die Diskussion um den so genannten "Maitland-Report" verlief weitaus weniger kontrovers als diejenige um den "MacBride-Report" in der UNESCO, der den ungleichen Informationsfluss kritisierte. Die ITU, die sich Anfang der 90er-Jahre auch dem privaten Sektor geöffnet hatte, erschien daher als die "konsensfähigere" Organisation als die UNESCO. Und im ITU-Hauptquartier am Genfer See war man auch schnell bereit, die Konferenz zu veranstalten. Die ITU, die hier nicht zu Unrecht eine Jahrhundertaufgabe witterte, wollte aber dazu ein Mandat der UN-Vollversammlung, was sie im Dezember 2000 dann auch bekam.

Die Aufblähung der WSIS-Agenda

Seit Minneapolis hat sich ein Prozess in Gang gesetzt, in dessen Verlauf die zunächst auf die Überwindung der digitalen Spaltung zielende Tagesordnung der geplanten Weltkonferenz immer mehr erweitert wurde. Teils lag dies an der schier endlosen Serie von Vorbereitungskonferenzen (drei so genannte Preparatory Committees oder kurz Prep-Coms, fünf regionale Ministerkonferenzen und dazu eine Reihe von informellen Tagungen und "Round Tables" mit hochrangigen Experten), teils an den sich nach dem 11. September 2001 und dem Platzen der "Dot-com-Blase" verändernden weltweiten Rahmenbedingungen.

Zwar rückte die Hauptfrage – die Überwindung der digitalen Spaltung – nicht in den Hintergrund, aber bald gehörte nahezu alles, was irgendwie mit dem Cyberspace zu tun hat, zur WSIS-Agenda: Menschenrechte, Informationsfreiheit, kulturelle Vielfalt, Medienkonzentration, Labour-Standards für Info-Arbeiter, Management der Internet-Kernressourcen, freie Software, Cyberkriminalität, Datenschutz und Privacy, geistige Eigentumsrechte, eGovernment, eHealth, eTransport, eSonstnochwas. Der Titel der geplanten Weltkonferenz – globale Informationsgesellschaft – zog geradezu manisch alle Cyberthemen an. Russland legte sogar noch die Frage der militärischen Sicherheit des Cyberspace im Kampf gegen (tschetschenische) Terroristen ins Konferenzgepäck. Je länger diskutiert wurde, desto länger wurde die Liste der Vorschläge, was am WSIS denn alles zu behandeln sei. Jedes der Themen ist für sich genommen ausserordentlich wichtig und verdient im Prinzip eine eigene Weltkonferenz. Die meisten der neuen Themen sind aber noch nicht einmal im Ansatz gründlich durchleuchtet. Das universelle Interesse, alle diese Themen global zu besprechen, steht dabei in keinem Verhältnis zu der politischen Bereitschaft, einen Konsens zu finden. Die Interessenlage der Staaten, abgesehen von dem gemeinsamen Willen, die digitale Spaltung zu überwinden, ist in nahezu jedem der einzelnen Punkte kontrovers.

Innovation "multi-stakeholder approach"

Dazu kommt, dass die UN-Vollversammlung im Jahr 2000 die private Industrie und die Zivilgesellschaft eingeladen hat, aktiv am Zustandekommen der Schlussdokumente des Weltgipfels mitzuwirken. Ein solcher "multi-stakeholder approach" sollte den Resultaten der Konferenz mehr Legitimität geben und alle Akteure in den Prozess der Implementierung einbinden. Die Einladung wurde als Innovation gefeiert, führte aber alsbald dazu, dass die als "Beobachter" deklarierten, nicht-staatlichen Konferenzteilnehmer mit sehr konkreten und ausgereiften Vorschlägen aufwarteten, die die bislang abgeschotteten diplomatischen Verhandlungen der Regierungen hinter verschlossenen Türen gehörig durcheinander brachten.

Damit wurde der ohnehin komplizierte Konflikt zu den Sachfragen noch überlagert durch einen Konflikt zu Prozedurfragen, denn in der UNO-Resolution zum WSIS findet sich keine Spezifizierung, wie weit die Mitwirkung von privater Industrie und Zivilgesellschaft gehen soll: Zugangsrechte zum Verhandlungsraum? Rederechte in informellen Verhandlungsgruppen? Gar substanzielle Verhandlungs- oder Stimmrechte? Die Auseinandersetzung um eine neue Qualität von Mitbestimmung in internationalen diplomatischen Verhandlungen dominierte teilweise die Debatten um die eigentlichen Inhalte der Konferenz. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die PrepCom3, die Ende September 2003 zwei Wochen lang in Genf tagte und eigentlich die Endentwürfe der Gipfeldokumente hätte verabschieden sollen, nicht zu Potte kam. Weder der Deklarationsentwurf noch der Aktionsplan sind im jetzigen Stadium konsensfähig. Die Texte der einzelnen Paragraphen auf den rund zwanzig Seiten der Dokumente sind allesamt in "eckigen Klammern", was so viel heisst wie "offen für weitere Verhandlungen".

Neuer Anlauf: PrepCom3bis

Die gescheiterte PrepCom3 wurde unter dem Titel "PrepCom3bis" Mitte November eine Woche lang fortgesetzt. Zuvor hatte WSIS-Präsident Adama Samassekou, ein ehemaliger Minister aus Mali, mit über achtzig Regierungen intensive informelle Konsultationen geführt, um die härtesten politischen Brocken aus dem Weg zu räumen. Am 5. November 2003 präsentierte Samassekou ein neues "Non-Paper" für den Deklarationsentwurf und hofft nun, dass die PrepCom3bis die in seinem Papier noch enthaltenen eckigen Klammern und kursiv gesetzten Absätze auflösen wird. Samassekou nennt in seinem "Non-Paper" sieben Prinzipien, worauf die WSIS-Schlussdokumente basieren sollen. Deklaration und Aktionsplan wären demnach begründet auf

1. einer höchstmöglichen politischen Unterstützung durch Staats- und Regierungschefs
2. einer gemeinsamen Vision zur globalen Informations- und Wissensgesellschaft
3. dem politischen Willen, eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen
4. auf dem Konsens aller "Stakeholder", einschliesslich privater Industrie und Zivilgesellschaft
5. einer klaren Sprache, welche die nationalen politischen Autoritäten lesen, und einfache Menschen verstehen können
6. einer fairen Interessenbalance zwischen Nord und Süd
7. einer Balance zwischen technischen und sozialen Aspekten der globalen Informationsgesellschaft

Das jetzt neun Seiten lange Papier versucht, diesen Prinzipien weitgehend gerecht zu werden. Es stellt die menschliche Dimension der gewünschten globalen Informationsgesellschaft immer wieder in den Mittelpunkt, beruft sich auf die Menschenrechte und verwendet durchgängig den Begriff der "Digitalen Solidarität" als eine Art Leitmotiv.

Kontroversen bleiben

Der gute Wille von WSIS-Präsident Adama Samassekou kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Positionen der Streithähne in den kontroversen Punkten auch nach der PrepCom3 nicht geändert haben. Von den elf Grundprinzipien zeichnet sich gerade mal bei der Hälfte ein grober Konsens ab. Mit nur wenig Veränderung in den Formulierungen sind die Konfliktfelder Cybersicherheit, geistige Eigentumsrechte, Internet Governance, Massenmedien und Menschenrechte sowie Finanzierung im "Non-Paper" enthalten. Bewegung also bislang gleich Null.

medien heft

Es gehört schon viel Optimismus und Phantasie dazu, sich vorzustellen, dass nun eine PrepCom3bis das schaffen könnte, was seit Monaten vor sich hergeschoben wird. Werden die Russen beim Thema Cybersicherheit ihren Bezug zur militärischen Dimension und zum Cyberterrorismus aufgeben? Werden die Chinesen ihre Forderung nach Regierungskontrolle über das Internet zurückziehen? Oder werden die Entwicklungsländer ihren Ruf nach einem "Digital Solidarity Funds" verstummen lassen? Mit gutem politischen Willen ist in der Diplomatie sicher vieles möglich, aber ist dieser tatsächlich vorhanden? Möglicherweise werden Anfang Dezember 2003 noch einmal hohe Beamte der Regierungen auf einer weiteren PrepCom versuchen den unter seinen Ambitionen ächzenden WSIS-Gipfel in Genf zu retten.

Als Rettungsanker sehen dabei immer mehr Stakeholders einen bescheideneren Ansatz. WSIS Genf 2003 muss nicht alle Probleme der Informationsgesellschaft lösen. Die so genannten "Benchmarks" für die Überwindung der digitalen Spaltung zielen ohnehin ins Jahr 2015. Und dazwischen gibt es noch die zweite Phase des Gipfels, die 2005 in Tunis vorgesehen ist. "Tunis + 10" scheint unter den gegebenen Umständen eine realistischere Zeitachse zu sein, um Lösungsansätze für die Herausforderungen des Informationszeitalters zu entwickeln.

Wolfgang Kleinwächter ist Professor für internationale Kommunikationspolitik an der Universität Aarhus, Dänemark, und Mitglied des zivilgesellschaftlichen WSIS-Büros.

Literatur:

Kleinwächter, Wolfgang (2003): Die Kontroversen mehren sich: Der Marathonlauf zum WSIS hat das kritische Stadium erreicht. In: gipfelthemen.de, 2.10.2003:
http://www.gipfelthemen.de/globalegemeinschaft/gipfel_reformen/ex_paris.shtml

Kleinwächter, Wolfgang (2003): Kollaps beim Endspurt. Der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) auf der Intensivstation. In: *Telepolis*, 29.9.2003:
<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/15738/1.html>

Kleinwächter, Wolfgang (2003): Globale Informationsgesellschaft ja – aber wie? Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) in Genf vor dem Showdown. In: *Telepolis*, 20.9.2003:
<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/15677/1.html>

Kleinwächter, Wolfgang (2002): Konstruktive Einmischung oder destruktive Aufmischung? UNO plant Weltgipfel zur Informationsgesellschaft. In: *Telepolis*, 9.7.2003:
<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/12863/1.html>

Kleinwächter, Wolfgang (2003): Kafka in Genf. In: *Telepolis*, 3.3.2003:
<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/14305/1.html>

Pressespiegel des deutschen WSIS-Koordinierungskreises:
<http://presse.wsis.odem.org/PresseSpiegel.html>

Pressespiegel des Schweizer WSIS Exekutivsekretariats:
http://www.wsisgeneva2003.org/02_media/clippings_d.html

Zwischen Verhandlung und Vision

Das Schweizer Engagement für die Informationsgesellschaft

Urs Meier im Gespräch mit Roberto Rivola und Rahel Egger

Der erste Teil des World Summit on the Information Society (WSIS) findet in Genf statt. Als Gastgeberland hat die Schweiz ein besonderes Interesse am Gelingen dieses UNO-Gipfels. Urs Meier sprach mit Roberto Rivola und Rahel Egger über ihr Engagement und ihre Visionen der Informationsgesellschaft.

MEDIENHEFT: Internationale UNO-Konferenzen bringen Leute aus aller Welt zusammen. Die Wirkung solcher Anlässe wird aber oft bezweifelt. Braucht es diesen Gipfel zur Informationsgesellschaft? Was würde fehlen, wenn er nicht stattfände?

Rivola: Fehlen würde ein Dialog zwischen verschiedenen Disziplinen. Der Weltgipfel der Informationsgesellschaft deckt ein sehr breites Spektrum ab von der Wissenschaft über die Kultur bis hin zu den Menschenrechten. Ursprünglich sprach man vom WSIS als einem Gipfel über Technologien. Während den Vorbereitungen wurde jedoch erkannt: Es geht auch um die Inhalte, die über diese Technologien übertragen werden. Wenn wir nur einen Technologie-Gipfel machen wollten, würden grundlegende Themen wie die Meinungsäusserungsfreiheit nicht zur Sprache kommen.

MEDIENHEFT: Könnte es ein Problem des WSIS sein, dass er zu viele Themen abzudecken sucht und zu wenig auf ein bestimmtes Problem fokussiert? Man vergleiche mit der Klimakonferenz: Wenn da keine Massnahmen ergriffen werden, kommt es zur Katastrophe. Gibt es überhaupt ein vergleichbares Problembewusstsein in Fragen der Informationsgesellschaft?

Egger: Primär geht es um den Zugang aller zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) und um die Befähigung aller zu deren Nutzung. Bei Klimakonferenzen ist es insofern einfacher, weil wir mit physikalischen Grössen rechnen können. Bei vielen Fragen der Informationsgesellschaft fehlt aber diese Messbarkeit. Daher kann der WSIS auch nicht so zielgerichtet sein wie ein Klimagipfel. Würden nur die technischen Aspekte diskutiert, wäre es ein Gipfel für Technik-Experten. Mit der Vielfalt und Breite der Themen wird der WSIS aber erst politisch.

MEDIENHEFT: Wie wurde die Schweizer Delegation zusammengesetzt?

Egger: Die Delegation, die am WSIS teilnehmen wird, steht noch nicht. Für die Vorbereitungskonferenzen wurde die Delegation zusammengesetzt nach fachlichen Teilgebieten. Dabei war es ein Anliegen, die relevanten gesellschaftlichen Kräfte der Schweiz einzubinden. Spezialisten der Themenbereiche kulturelle Diversität, wirtschaftliche Entwicklung, Armutsbekämpfung, Menschenrechte, Medien und Ausbildung wurden in die Delegation aufgenommen, wobei auch Sprecher der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft entsprechend vertreten waren.

Rivola: Diese Delegation war sehr breit abgestützt und offen. Jeder konnte sich melden, um bei den Vorbereitungen mitzuwirken. Wir wollen damit auch ein Beispiel statuieren. Es müssen nicht immer nur die Verwaltungen sein, die Konferenzen vorbereiten. Auch die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft, die so genannten "Stakeholders", sollen mitreden können. Natürlich sind es im Plenarsaal letztlich die Regierungen, die entscheiden.

Aber diese sollten die Anliegen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen mittragen und vertreten können. So haben wir es bei den Vorbereitungskonferenzen gehalten.

MEDIENHEFT: Bis zum Gipfel bleibt nicht mehr viel Zeit, um die Delegation zu bilden.

Egger: Zwischen dem formellen Entscheid und der Konferenz bleibt wenig Spielraum. Aber die Vorbereitungen laufen schon seit Jahren, und es ist nicht damit zu rechnen, dass es bis Dezember noch grosse Änderungen geben wird. Inhaltlich wird der Bundesratsantrag das Verhandlungsmandat festlegen. Die Substanz wurde aber schon vorher erarbeitet, seit letztem Februar vor allem im Rahmen dieser "plateforme tripartite", wo wir Personen aus der Verwaltung, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft zusammengeführt haben. Diese Leute haben die Schweizer Position erarbeitet, die nun in kondensierter Form in den Bundesratsantrag einfließen wird. Das ist der Ertrag eines langen Prozesses.

MEDIENHEFT: Während den Vorbereitungskonferenzen kam es zu einem Tauziehen zwischen Delegationen einzelner UNO-Mitgliedstaaten und den Stakeholdern. Es war nicht im Sinn aller Staaten, dass die Zivilgesellschaft in diesem Ausmass mitwirken sollte.

Rivola: Das entspricht der Tradition einzelner Länder. Es gibt Staaten, die partizipativ entscheiden, und Staaten, in denen die Regierung bestimmt. Wir wollen mit unserem Beispiel zeigen, dass es eine umfassendere Wahrnehmung der Probleme gibt, wenn die Zivilgesellschaft in den politischen Prozess eingebunden wird. Und wir hoffen, dass auch noch andere Staaten unserem Beispiel folgen werden. Sicher gab es auch unter den zivilgesellschaftlichen Gruppen verschiedene Stimmen darüber, ob sie nun genügend einbezogen wurden oder alles nur eine Alibiübung war. Mittlerweile hat sich aber die Meinung durchgesetzt, dass es die gegebenen Mitwirkungsmöglichkeiten in der Vorbereitungsphase zu nutzen gilt.

MEDIENHEFT: Wie gross schätzen Sie den Einfluss der Wirtschaft und der zivilgesellschaftlichen Akteure in der sachlichen Vorbereitung?

Egger: Das lässt sich nicht generell sagen, da die Zivilgesellschaft ganz unterschiedlich einbezogen wurde – und nicht überall so umfassend wie in der Schweiz. Es ist aber eine Schätzung im Umlauf, die besagt, dass vierzig Prozent der zivilgesellschaftlichen Anliegen in den Deklarationsentwurf aufgenommen wurden, was eigentlich recht viel ist. Mir ist klar, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure eine möglichst starke Beteiligung suchen. Sie wissen aber auch, dass sie noch bei keinem anderen UNO-Gipfel so intensiv mitarbeiten konnten. Das ist sicherlich ein Fortschritt in Richtung Öffnung, den man langfristig betrachten muss.

MEDIENHEFT: Ist die Wirtschaft auch zufrieden mit dem Prozess oder hat sie kein Interesse an diesem Weltgipfel?

Rivola: Bisher hat die Wirtschaft nicht sehr viele Anliegen deponiert. Es fehlt wohl das Bewusstsein, wofür es geht. In der Telekommunikationsbranche fehlt es auch an Mut zum Risiko. Auf der anderen Seite fehlt es an Geld. Die Prioritäten werden derzeit anders gesetzt, jedenfalls nicht im Diskutieren der grossen Weltprobleme. Schlussendlich geht es aber um Investitionsmöglichkeiten, um riesige Märkte. Daher haben wir mit der Wirtschaft intensiv Gespräche geführt. Wir werden den Erfolg dieser Bemühungen messen können an der Beteiligung von so genannten Wirtschaftskapitänen. Einige haben bereits erkannt, dass sich hier grosse Märkte öffnen werden. Zudem geht es auch um

Corporate Social Responsibility, also darum, dass Firmen zum Wohle der Menschheit investieren können.

MEDIENHEFT: Medienfreiheit, Recht auf Information und Meinungsäusserungsfreiheit sind klassische Menschenrechtsthemen, die am Gipfel der Informationsgesellschaft eine grosse Rolle spielen werden. Wie gut stehen die Chancen, dass der WSIS entsprechende Grundsätze in seiner Deklaration festschreibt?

Rivola: Wir setzen uns sehr dafür ein. Während den Vorbereitungskonferenzen mussten wir allerdings feststellen, dass hier die Welt nach wie vor in zwei Blöcke geteilt ist: Es gibt Staaten, die auf Themen wie freie Meinungsäusserung oder Medienfreiheit einfach nicht eingehen, und Staaten, die diese Grundsätze in der Erklärung festhalten wollen. Gerade in diesen Tagen arbeiten Untergruppen intensiv an diesen Themen und bereiten sich auf die letzte Vorbereitungskonferenz Mitte November vor. Heute ist es noch zu früh, um einschätzen zu können, ob wir in Sachen Meinungsäusserungsfreiheit und Medienfreiheit Erfolg haben werden.

MEDIENHEFT: Was ist vorzuziehen: eine diplomatisch abgeschwächte Formulierung in der Deklaration oder ein Verzicht auf einen Konsens?

Rivola: Wir haben die Chance, dass der Gipfel für die Informationsgesellschaft in zwei Teilen stattfinden wird. Also versuchen wir in der ersten Phase so weit wie möglich zu gehen, einen Konsens zu finden und diesen auch festzuhalten. Dort, wo wir merken, dass es noch weitere Diskussionen braucht, nutzen wir die Zeit bis 2005. Einige kritische Punkte kann man vielleicht bilateral lösen im Rahmen von Teilkonferenzen bis Tunis. Und Tunis selbst wird ein Gipfel sein, wo weitere Beschlüsse gefasst werden.

MEDIENHEFT: Bis vor wenigen Jahren hatte die Idee des "Free Flow of Information" einen mächtigen Promoter, die USA. Diese haben 1980 gar den MacBride-Bericht kritisiert, weil er dem freien Fluss der Informationen angeblich zu wenig verpflichtet war. Heute befinden sich die USA im "Krieg gegen den Terror" und unterlaufen mit einigen Massnahmen nun selbst diesen Grundsatz. Es sieht so aus, als ob wir eine mächtige Stütze dieser Idee verlieren.

Egger: Die USA haben sich bisher nicht sehr merklich in die Vorbereitung des WSIS eingebracht. Sie sind zurzeit mit sich selbst beschäftigt, mit dem Irak, mit dem Terrorismus. Jedenfalls hat der WSIS für die USA keine Priorität, was möglicherweise anders wäre, wenn sich die Terroranschläge vom 11. September 2001 nicht ereignet hätten.

MEDIENHEFT: Man hört aus zivilgesellschaftlichen Kreisen die Kritik, dass die USA die Datenschutzbestimmungen nicht mehr ernst nehmen.

Egger: Die USA haben eine andere Auffassung von Datenschutz als die Europäischen Länder oder die Schweiz, die sich nahe bei der EU-Politik befindet. Diese Diskrepanz ist aber nicht neu.

MEDIENHEFT: Viele Konferenzthemen stehen im Widerstreit zueinander wie etwa der Ausbau von Autorenrechten und die Förderung von Free Software und Open Source. Hier stehen vor allem die Industrieländer den Ländern des Südens entgegen. Lassen sich diese Fronten zur Überwindung des Digital Divide bewegen?

Egger: Wenn wir davon ausgehen, dass der Gipfel der Informationsgesellschaft die Gesellschaft spiegelt, dann müssen wir in allen Bereichen mit Zielkonflikten rechnen. Am

Schluss ist es eine Frage des Abwägens. Was aber Open Source und Free Software betrifft, so wird das von vielen Ländern unterstützt. Jedenfalls könnte gerade hier für viele Beteiligte eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden.

MEDIENHEFT: Es heisst immer, man müsse argumentieren und Lobbying betreiben. Ist es nicht so, dass die Delegationen mit einem Mandat nach Genf kommen und die Meinungen zu den zentralen Fragen schon gemacht sind?

Rivola: Sicher haben die Delegationen ein Mandat ihrer Regierung. Sobald aber neue Aspekte zur Sprache kommen, wollen sie sich bei ihrer Hauptstadt rückversichern. Denn die Breite der Themen bedingt, dass die Diplomaten nicht alle Themen selbst beurteilen können. Sie können nicht über Technik, Medien, Kultur, Recht und Soziales gleichermaßen Bescheid wissen. Gerade dadurch kann etwas in Bewegung kommen, was quasi über Nacht neue Lösungen oder Kompromisse bringt.

MEDIENHEFT: Aus dem zivilgesellschaftlichen Lager hört man den Vorwurf, am WSIS überwiege eine technokratische Sichtweise.

Rivola: Ursprünglich war das so. Aber je länger diskutiert wird, desto mehr decken die Formulierungen der Deklaration und des Aktionsplans mehr Themen ab als nur die technischen. An der Telecom-Messe habe ich einige Referate von Yoshio Utsumi, dem Generalsekretär der ITU (International Telecommunication Union), gehört. Er hat betont, dass es am WSIS nicht nur um Technologien geht. Technologien seien Mittel zum Zweck. Man ist also langsam von einer technokratischen Sichtweise weggekommen – auch in der Definition der Ziele. Diese Bewusstseinsänderung ist ein Resultat des Vorbereitungsprozesses. Entscheidend ist aber auch die Mitwirkung von UNO-Sonderorganisationen an der Vorbereitung des Gipfels wie beispielsweise der UNESCO, die ebenfalls andere Sichtweisen einbringt.

Egger: Wenn man die kontroversen Themen des WSIS untersucht, stellt man auch fest, dass sie sich nicht um die technischen Fragen drehen, sondern um die Fundamente der Informationsgesellschaft.

MEDIENHEFT: Es wird argumentiert, dass die Informations- und Kommunikationstechnologien für die Lösung vieler Weltprobleme eine Schlüsselrolle spielen wie beispielsweise in der Armutsbekämpfung. Sind diese Hoffnungen berechtigt, oder ist das nur die Sicht der hochentwickelten Länder?

Egger: Es kann nicht angehen, dass der Norden bestimmt, was getan wird für die Entwicklung dieser Welt. Die Länder des Südens haben ihre eigenen Bedürfnisse. Allerdings erhoffen sich die Entwicklungs- und Schwellenländer viel vom Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT). Natürlich können die ICT nicht das Heil auf Erden bringen, aber es gibt Aufgabenbereiche und Prozesse, wo der gezielte Einsatz in kleinen Schritten zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung beitragen kann.

Rivola: Dass sich die Entwicklungsländer viel von den ICT versprechen, zeigt auch die grosse Zahl der Staatschefs aus diesen Ländern, die am WSIS teilnehmen. Der Vorteil der besonderen Architektur dieses Gipfels besteht nicht zuletzt darin, dass in Genf aufgezeigt wird, welche technischen Applikationen schon entwickelt wurden und welche Projekte in Entwicklungsländern bereits laufen. In einer Halle von Palexpo wird die DEZA (Direktion für Entwicklungszusammenarbeit) unter dem Namen "ICT for Development" etwa 200 Projekte aus über 50 Ländern öffentlich vorstellen (www.ict-4d.org).

Wir erhoffen uns, dass dort Partnerschaften entstehen zwischen Ländern, die bestimmte Applikationen suchen, und Unternehmen, die diese entwickeln und anbieten. Gerade dieser Marktplatz wird aufzeigen, welche Möglichkeiten die ICT eröffnen. Zudem werden während den Konferenztagen in unmittelbarer Nähe des Gipfels über 150 Events veranstaltet. Viele der Ausstellungen, Workshops und Diskussionsforen sind öffentlich zugänglich und schaffen weitere Begegnungsmöglichkeiten (www.wsis-online.net). Ein Minister hält beispielsweise ein Referat von fünf Minuten und sieht sich dann Projektpräsentationen an oder nimmt an einem Forum teil. Das ist die grosse Chance des WSIS in Genf: Es ist uns gelungen, alle Veranstaltungen an einem Ort zusammenzuführen.

MEDIENHEFT: Es wurde die Idee eingebracht, einen Solidaritätsfonds zu schaffen, um die Informationsgesellschaft der Entwicklungsländer zu fördern. Ist das realistisch?

Egger: Es gab diese Idee eines internationalen Fonds. Mittlerweile ist man aber davon weggekommen. Man wird wohl eher versuchen, die bestehenden Fonds zu nutzen und die Ausgestaltung der Informationsgesellschaft als Entwicklungsfaktor einzubringen.

Rivola: Die Finanzierungsfrage wird vermutlich bis zum letzten Tag der Konferenz für Diskussionen sorgen. Die Schweiz beispielsweise möchte das Modell der Grundversorgung einbringen: Wenn ein Telecom-Anbieter in einem Land eine Lizenz erwirbt, soll mittels Gebühren gewährleistet werden, dass nicht nur die wirtschaftlich interessanten Regionen mit der Mobiltelefonie erschlossen werden, sondern auch die weniger einträglichen, ländlichen Gebiete. Ein Ziel des Aktionsplanes ist ja, bis 2015 alle Dörfer mit ICT zu erschliessen. Derzeit stehen aber noch verschiedene Finanzierungsmodelle zur Diskussion: die Mechanismen des Marktes ebenso wie der Einsatz öffentlicher Gelder, die Nutzung bestehender wie die Schaffung neuer Fonds.

MEDIENHEFT: Die Grundversorgung ist ein europäisches Konzept. Wäre das im globalen Rahmen eine Innovation?

Rivola: Das Modell der Grundversorgung ist ein Vorschlag, den wir eingebracht haben. Wird er aufgenommen, wäre es Sache der Regulierungsbehörde im jeweiligen Land, eine Grundversorgung mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu gewährleisten. Mit dem Konzept der Grundversorgung hat man in Europa gute Erfahrungen gemacht, wenn auch nicht direkt im Bereich der neuen ICT. In der Schweiz ist es beispielsweise die Swisscom, die Schulen an das Internet anschliesst oder abgelegene Dörfer mit ISDN-Anschluss versorgt. In anderen Ländern mag das Konzept der Grundversorgung neu sein, könnte dort aber ebenfalls funktionieren.

MEDIENHEFT: Dass die zweite Konferenz 2005 in Tunis stattfinden wird, stösst nicht überall auf ungeteilte Zustimmung. Der Stadtpräsident von Genf ist mit markanten Forderungen an die Öffentlichkeit getreten: Die UNO solle Druck ausüben, und Tunesien müsse nach innen und aussen klare Signale geben, dass es die Menschenrechte respektiert. Unterstützen Sie diese Forderungen?

Rivola: Es ist nicht an uns, eine Entscheidung der UNO zu diskutieren. Wenn sich Tunesien als Gastland für diesen Weltgipfel der Informationsgesellschaft beworben hat, war es sich bewusst, auf welche Themen es sich einlässt. Wir gehen davon aus, dass Tunesien die Regeln der UNO respektieren und die Journalisten entsprechend behandeln wird. Damit aber Tunis ein Erfolg wird, muss zuerst Genf ein Erfolg sein.

MEDIENHEFT: In der Vorbereitung des WSIS ist in der Schweiz die "plateforme tripartite" entstanden, dieser Zusammenschluss der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte. Ist das ein Modell, das über den Genfer Gipfel hinaus geht?

Egger: Die Plattform ist zweckgebunden und wurde nicht mit einer langfristigen Perspektive ins Leben gerufen. Ziel war es, gemeinsam auf den Informationsgipfel in Genf hinzuarbeiten. Der pragmatisch entstandene Zusammenschluss basiert nicht auf einer politischen Entscheidung des Gesamtbundesrats, sondern hat sich ad hoc gebildet. Damit ist die Plattform sehr offen und flexibel. Zwar hat sich die Wirtschaft nicht so aktiv eingebracht, wie wir das gewünscht hätten, aber die Zivilgesellschaft und die Verwaltung sind zufrieden. Beispielsweise erreichten wir jeweils Konsenspositionen vor den Verhandlungen der Delegationen, was andere Staaten nicht geschafft haben. Das ist typisch für die Schweiz als Kleinstaat mit einer demokratischen Regierung. Ob das Modell der "plateforme tripartite" jetzt weitergeführt und die Stimme der Zivilgesellschaft institutionalisiert wird, ist noch völlig offen. Möglicherweise lässt sich dieses Modell auch nicht auf jeden politischen Prozess anwenden. Für die Vorbereitung des WSIS funktionierte es aber erstaunlich gut.

MEDIENHEFT: Woran werden Sie messen, ob der WSIS in Genf ein Erfolg war?

Rivola: Schön wäre es, wenn gewisse Länder ihre Meinung ändern würden zu gewissen Grundsätzen wie der Meinungsäusserungsfreiheit – oder zumindest ein Bewusstsein dafür entwickeln. Ein Erfolg wäre eine gemeinsame Vision, die in eine politische Erklärung mündet, die Hand und Fuss hat, und ein Aktionsplan, dessen Zielvorgaben auch umgesetzt werden können. Bestimmte Aktionen wollte man ursprünglich bereits bis 2005 angehen. Es geht aber nicht um die Formulierung utopischer Ziele. In den letzten Monaten haben die Delegationen erkannt, dass schon viel erreicht ist, wenn wir bis 2015 alle Massnahmen umsetzen können.

Egger: Zentral ist eine Deklaration und ein Aktionsplan mit Substanz und die Koordination zwischen Genf und Tunis. Ob der Gipfel schliesslich ein Erfolg war oder nicht, wissen wir möglicherweise erst viel später, wenn wir sehen, was passiert.

MEDIENHEFT: Vielen Dank für das Gespräch.

Roberto Rivola ist Leiter Kommunikation Bakom und Leiter Kommunikation des Schweizerischen Exekutivsekretariats des WSIS in Genf. Rahel Egger ist Mitarbeiterin für den internationalen Dienst des Bakom und Koordinatorin für die Schweizer Delegation am WSIS in Genf. Das Gespräch wurde am 28. Oktober 2003 geführt. Die Fragen stellte Urs Meier, Geschäftsführer Reformierte Medien.

Links:

Offizielle Website des WSIS: <http://www.itu.int/wsisi>

Offizielle Website des Schweizer Exekutivsekretariats: <http://www.wsisgeneva2003.org>

Offizielle Website der Rahmenveranstaltungen des WSIS: <http://www.wsis-online.net>

Plattform "ICT for Development": <http://www.ict-4d.org>

Die Medieninteressen am WSIS

Ein Ringen um den Status Quo?

Alexander Sami

Für das Gastland Schweiz bietet der UNO-Gipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) die Gelegenheit, sich für eine weltweit anerkannte Erklärung und einen Aktionsplan zugunsten einer gerechteren Informationspolitik einzusetzen. Für die Medien, die für einmal nicht nur Berichterstatter, sondern direkt Betroffene der Konferenz sind, stehen wichtige Grundsätze ihrer täglichen Arbeit auf dem Spiel. Nach der letzten Vorbereitungsitzung Mitte November diskutieren die Diplomaten aber noch immer über grundlegende Prinzipien, ohne echte Kompromisse zu finden. Einen Knackpunkt stellt die Rolle der Medien in der Informationsgesellschaft dar.

Staatschefs aller Mitgliedstaaten der UNO sind geladen, sich Ende Jahr in Genf mit dem Aufbau und der Ausgestaltung der zukünftigen Informationsgesellschaft zu befassen. Eines der hochgesteckten Hauptziele ist, den Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) allen Völkern gleichermassen zu ermöglichen. Das Gipfeltreffen soll in erster Linie weltweit Rahmenbedingungen schaffen, die es beispielsweise ermöglichen, dass Information als ein öffentliches Gut anerkannt wird. Dabei drehen sich die Diskussionen nicht nur um das Nord-Süd-Gefälle von Infrastrukturen, sondern auch um die Rechte der Gesellschaft auf freie Information und Kommunikation. Ohne Einbezug der relevanten Akteure – allen voran der Medien – wird es den UN-Mitgliedstaaten daher kaum gelingen, in ihren Verhandlungen umfassende Lösungen für die Zukunft der Informationsgesellschaft zu erarbeiten.

Neben der Versammlung der Staatengemeinschaft sollen am WSIS auch die Zivilgesellschaft – vertreten durch Nichtregierungsorganisationen – und die Privatwirtschaft aktiv miteinbezogen werden. Dabei handelt es sich um eine neue Form von demokratischer, transparenter und tripartiter Entscheidungsfindung, die gewählt wurde, um in der Vorbereitung und Durchführung des Gipfels der komplexen Aufgabenstellung besser gerecht zu werden. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft wie auch der Privatwirtschaft an dem gesamten Prozess fällt aber vielen Staaten schwer. Schon bei der ersten Vorbereitungsitzung im letzten Jahr zeigte sich eine grosse Angst, diese neue Form der tripartiten Beteiligung an den Konferenzen zuzulassen. Diverse Interventionen der Zivilgesellschaft, die eine noch stärkere Beachtung der vorgebrachten Anliegen fordern, werden zwar zur Kenntnis genommen, zeigen aber im Resultat zu wenig Wirkung. Bis zuletzt bleiben deshalb erhebliche Zweifel am tatsächlichen politischen Interesse der Regierungen an der tripartiten Beteiligungsstruktur bestehen. Besonders befremdend wirkt die Uneinsichtigkeit einiger Staatsvertreter, die die Interessensgemeinschaft der Medien als eigenständige Akteure ignorieren und deren zentrale Rolle in der Informationsgesellschaft nicht anerkennen wollen. Dies, obwohl gerade die Medien letztlich an der Gestaltung der zukünftigen Informationsgesellschaft massgeblich teilhaben werden.

Medien in eigener Sache

Verschiedenste Medienvertreter wie die internationale Journalistenorganisation, weitere Nichtregierungsorganisationen, mächtige internationale Unternehmensvereinigungen der Privatwirtschaft sowie öffentlich-rechtliche Institutionen aus verschiedenen Kontinenten fanden sich in einem "Media Caucus" ein, um die Vorbereitungen des Gip-

fels frühzeitig mitzuverfolgen und einen gemeinsamen Formulierungsvorschlag betreffend Medien für die WSIS-Deklaration einzureichen. Im Wesentlichen fordern die Medienvertreter von der Staatengemeinschaft, dass sie sich zu den Prinzipien der Meinungsfreiheit, der Medienfreiheit und der publizistischen Unabhängigkeit als Grundpfeiler der Informationsgesellschaft bekennt. Diese Prinzipien werden von Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 hergeleitet, der besagt: "Jeder hat Anspruch auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schliesst die Freiheit der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen ein".

Neben einem besseren Nutzungszugang für die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien fordern die Medienvertreter zudem, dass diese auch für die Stärkung der traditionellen Massenmedien wie Rundfunk und Presse eingesetzt werden. Damit kann der Fortbestand und die Entwicklung freier, unabhängiger Medien sowie die Medienvielfalt gefördert werden. Öffentlich-rechtliche und gesellschaftliche Medieninstitutionen, welche publizistisch nicht der Staatskontrolle unterworfen sind, müssen anerkannt werden. Weitere Anliegen der Medienvertreter betreffen Arbeitsbedingungen, die den internationalen Standards von Medienschaffenden gerecht werden, sowie die Schaffung von unabhängigen journalistischen Selbstregulierungsorganen.

In der Schweiz hat sich, im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, eine offene Plattform der Zivilgesellschaft gebildet: Comunica-ch (www.comunica-ch.net). Diese Schweizer Plattform zur Informationsgesellschaft hat breit abgestützte Grundlagen erarbeitet, die in die Positionen der Schweizer Delegation aufgenommen wurden. Bereits vor knapp zwei Jahren haben sich mehrere Journalistenverbände und andere Gemeinschaften der Medienbranche auf Einladung von impressum (ehedem Schweizer Verband der Journalistinnen und Journalisten SVJ) zusammengetan, um bei der Schweizer Delegation ihre Anliegen zu deponieren. Im Einklang mit der nationalen Politik hat die Schweizer Delegation in Medienfragen denn auch fortschrittliche und richtungsweisende Vorschläge in die Verhandlungen der Staatengemeinschaft eingebracht.

Ausweichmanöver und Vermeidungsstrategien

Mittlerweile ist den meisten Staaten bewusst geworden, dass sie die Anliegen der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft nicht völlig unbeachtet lassen können. Allerdings wurde auch deutlich, dass sich viele Diplomaten bereits vor minimsten fortschrittlichen Veränderungen scheuen. Gewisse Vertreter erwecken gar den Eindruck, dass sie es sich zum Ziel gesetzt haben, Grundprinzipien der Staatengemeinschaft wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 zu verwässern. Deshalb ist auch nach drei ordentlichen PrepComs, einer weiteren Konferenz in Paris und der letzten ausserordentlichen Vorbereitungssitzung Mitte November, vier regionalen diplomatischen Konferenzen und unzähligen Treffen der Interessengruppen der Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft immer noch sehr vieles unklar.

Viel Zeit wurde mit endlosen Diskussionen über den strukturellen und prozeduralen Rahmen der Vorbereitungssitzungen und des Gipfels vertan. Für tiefgreifende Debatten blieb wenig Zeit. Nebst der Rolle der Medien ist noch immer strittig, wie die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit Anwendung finden sollen, ob das Recht auf freie Meinungsäußerung anerkannt wird und ob die Menschenrechte als Grundbausteine der Informationsgesellschaft gewahrt werden. Weiterhin kontrovers diskutiert werden das Verhältnis zwischen Informationsgesellschaft und "Good Governance", die Sicherheit der Netzwerke, die Errichtung eines "globalen digitalen Solidaritätsfonds" gegenüber der Schaffung

regulatorischer Rahmenbedingungen zugunsten offener Märkte sowie die Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien in nationale Entwicklungspläne und in die internationale Entwicklungszusammenarbeit. Die USA wehren sich insbesondere gegen eine internationale Instanz zur Verwaltung des Internets, was bisher von einer Stiftung unter kalifornischem Recht wahrgenommen wird (ICANN – The Internet Corporation for Assigned Names and Numbers, www.icann.org).

Pattsituation

Bisher hat sich die Schweiz in ihren Interventionen stark dafür eingesetzt, die wesentlichsten Punkte ihrer substanziellen Eingabe sowohl in der politischen Erklärung als auch im Aktionsplan zu erhalten. Nachdem die Rolle der Medien in der Informationsgesellschaft nicht zuletzt dank den Bemühungen der Schweizer Delegation doch noch in die Textentwürfe aufgenommen wurde, stehen die UN-Mitgliedstaaten nun vor einer Pattsituation: Insbesondere China, die arabischen Länder, Vietnam und Kuba wehrten sich von Anfang an, dass die Medien in der politischen Deklaration thematisiert werden. Lange Zeit setzte sich einzig die Schweiz für die Anliegen der Medien ein. Nur vereinzelt fanden sich weitere Staaten wie Norwegen, Kanada und Botswana, die die Anträge der Schweiz unterstützten. Die EU, unter der Präsidentschaft Italiens, wie auch die USA hatten lange Zeit eher schüchterne Auftritte. Erst in den letzten Vorbereitungstagen sprachen auch sie sich deutlicher für den Grundsatz der Meinungsfreiheit und den Stellenwert der Medien in der Informationsgesellschaft aus. Vermutlich ist ihnen klar geworden, dass das Streben von China und den ihm zugewandten Staaten eine Bedrohung für die staatsgemeinschaftlichen Grundsätze bedeuten könnte.

Wie weit das Bekenntnis zum Recht auf Meinungsfreiheit oder die Rolle der Medien geregelt werden sollen, blieb am Ende der Novembersitzung (wie fast alle umstrittenen Themen) ungelöst. Unter den Vertretern der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft macht sich grosse Frustration und Enttäuschung breit. Die Staaten werden die letzten Tage vor dem Gipfel für Kompromissversuche nutzen, doch zahlreiche Einzelinteressen werden es in der verbleibenden Zeit zusätzlich erschweren, dass konzise Entwürfe für die Deklaration und den Aktionsplan entstehen, die von den 191 UN-Mitgliedstaaten akzeptiert werden können. Es wird sich zeigen, ob die schwierige Zusammenarbeit beim Genfer Gipfel vom im Dezember dennoch Früchte tragen wird, die in der zweiten Konferenz 2005 in Tunis konsolidiert werden können.

Alexander Sami ist Rechtsanwalt und Zentralsekretär von *impressum* – Die Schweizer Journalist/innen (ehedem Schweizer Verband Journalistinnen und Journalisten SVJ). Als zivilgesellschaftlicher Vertreter in der Schweizer Delegation setzt er sich für die Medien ein.

Links:

Offizielle Website der Zivilgesellschaft am WSIS: <http://www.geneva2003.org>

Comunica-ch – Schweizer Plattform zur Informationsgesellschaft: <http://www.comunica-ch.net>

Journalistenverband *impressum* – Die Schweizer Journalist/innen: <http://www.journalisten.ch>

Vom Engagement zur Strategie

Kirchliche Hilfswerke am WSIS

Matthias Müller

Die Zivilgesellschaft ist am WSIS in Genf erstmals als offizieller Partner an einem UNO-Weltgipfel strukturell eingebunden. Um eine effektive Mitwirkung zu gewährleisten, hat ein intensiver Formierungsprozess unter den kirchlichen Hilfswerken und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren stattgefunden. Im Hinblick auf den Informationsgipfel besteht heute ein dichtes Netz unter Schweizer Organisationen. Ein Beispiel hierfür bildet "Comunica-ch", eine strategisch starke Plattform auf gesamtschweizerischer Ebene. Die Vernetzung schaffen letztlich Menschen, die in vielfältigen Strukturen eingebunden sind. So nehmen Mitarbeiter von kirchlichen Hilfswerken ihr Engagement für die Informationsgesellschaft trotz beschränkter Ressourcen auf unterschiedlichen Ebenen wahr.

Der erste UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft wird in Genf stattfinden. Diese Tatsache überträgt der Schweiz als Gastgeberland eine besondere Rolle im Vorbereitungsprozess. Marc Furrer, Direktor des Bundesamtes für Kommunikation (Bakom), und Botschafter Daniel Stauffacher, Delegierter des Bundesrates für den Gipfel, haben als Leiter der Schweizer Delegation denn auch ein spezielles Interesse daran, dass der Gipfel eine Deklaration und einen Aktionsplan präsentieren kann, die mehr als nur Lippenbekenntnisse enthalten. Der erstmals in einer Dreierpartnerschaft konzipierte Gipfel – neben den Regierungen sind auch der Privatsektor und die Zivilgesellschaft eingebunden – spiegelt sich in vorbildlicher Weise in der Schweizer Delegation wider. Die Zivilgesellschaft ist mit vier Personen vertreten: Chantal Peyer vom evangelischen Hilfswerk "Brot für alle", Wolf Ludwig, Generalsekretär der Mediengewerkschaft "Comedia", und Michel Bühner sowie Alexander Sami vom "Schweizer Verband der Journalistinnen und Journalisten" (SVJ). Dass ein Hilfswerk in der Schweizer Delegation eingebunden ist, unterstreicht, dass die Schweiz dem Gipfel tatsächlich ein soziales und nicht nur technisches Gesicht geben will. Das bezeugt auch eine Aussage von Bakom-Direktor Marc Furrer gegenüber "Radio kath.ch" (www.radio.kath.ch), dem Internet-Radio der Schweizer Katholikinnen und Katholiken von Mitte März: "Jeder muss Zugang haben zu Informationen, es braucht eine vielfältige Medienlandschaft, und jeder muss die Möglichkeit haben, sich mitzuteilen. Wenn diese Möglichkeiten nicht gegeben sind, gibt es keinen Ausweg aus der Spirale der Armut." Für Furrer ist darum klar: "Die Hilfswerke gehören an den Verhandlungstisch." Nach Einschätzung von Wolfgang Kleinwächter, Professor für internationale Kommunikationspolitik, ist die Zivilgesellschaft im WSIS-Prozess "erstaunlich gereift" (vgl. Telepolis vom 20.9.2003). Obschon in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, erfolgte dieser Reifungsprozess auch in der Schweiz.

Vernetzung über Personen, nicht über Strukturen

Das katholische Hilfswerk "Fastenopfer" sieht eine seiner Hauptaufgaben darin, den benachteiligten Menschen aus dem Süden hier im Norden eine Stimme zu geben. So waren es denn auch die Anliegen der Partnerorganisationen im Süden, welche "Fastenopfer" zum Engagement für eine gerechte Informationsgesellschaft in der Schweiz bewegen. Für "Fastenopfer" ist die Thematik von Kommunikation und Entwicklung aber nicht erst mit dem WSIS aktuell geworden. Zusammen mit dem evangelischen Partnerhelfswerk "Brot für alle" stellte "Fastenopfer" die Bildungs- und Sammel-Kampagnen

medien heft

der Jahre 2002 und 2003 unter das Thema "Kommunikation" ("Viele Stimmen – Eine Welt" und "Verstehen verändert"). Mitte März 2003 luden sie ausserdem gemeinsam in Bern zu einem Symposium ein mit dem Titel "Information und Wissen für alle". Dieses Symposium war ganz auf den WSIS ausgerichtet. Trotz dieses umfangreichen Engagements konnte "Fastenopfer" aber in der letzten Phase vor dem WSIS keine Person aus dem eigenen Haus für die inhaltlichen Vorarbeiten abdelegieren. "Die Vorbereitungen für die Fastenopfer-Kampagne 2004 haben Priorität", erklärt Susanne Blättler, Mitarbeiterin im Ressort "Kommunikation und Bildung" beim Fastenopfer.

Für die Lobbyarbeit bei der zweiten und dritten Vorbereitungskonferenz und am Gipfel selbst hat "Fastenopfer" ein Mandat an Jacques Berset übertragen. Berset ist Chefredaktor der "Katholischen Internationalen Presseagentur" (KIPA) in Freiburg, Schweiz, und Vizepräsident der "Katholischen Weltunion der Presse" (UCIP – Union catholique internationale de la presse). Ausserdem arbeitet "Fastenopfer" traditionell sehr eng mit dem evangelischen Hilfswerk "Brot für alle" zusammen. Über deren Mitarbeiterin Chantal Peyer weiss "Fastenopfer" seine inhaltlichen Anliegen in der offiziellen Schweizer Delegation vertreten.

Zusätzlich zählt "Fastenopfer" auf das Engagement von Michel Egger. Egger war Mitarbeiter bei "Brot für alle" und ist seit kurzem beim Westschweizer Regionalbüro der "Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke" in Lausanne tätig. In dieser Arbeitsgemeinschaft mit Sitz in Bern sind neben "Fastenopfer" und "Brot für alle" auch "Swissaid", "Helvetas", "Caritas" und "Heks" vertreten. Die Arbeitsgemeinschaft versteht sich als Lobbyorganisation in entwicklungspolitischen Fragen und verfügt über Büros in Bern, Lausanne und Lugano. Mit Blick auf diese Strukturen liegt die Erwartung nahe, dass die Arbeitsgemeinschaft die Anliegen der Hilfswerke bündelt und ihnen so zu mehr Gewicht verhilft. Im Fall des WSIS tritt die Arbeitsgemeinschaft jedoch nicht mit ihrem Namen nach aussen auf, und sie übernimmt auch strukturell keine führende Rolle für die Hilfswerke. Vielmehr vertraut die Arbeitsgemeinschaft auf das Engagement von Peyer und Egger als Westschweizer Vertreter zweier Hilfswerke, die der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen sind. Der Vorteil der geographischen Nähe, welche Peyer und Egger zum Geschehen in Genf haben, spielt dabei eine wichtige Rolle.

Comunica-ch – die Plattform der Schweizer Zivilgesellschaft

Dass sich Akteure der Zivilgesellschaft inzwischen auf gesamtschweizerischer Ebene zusammengeschlossen haben, um ihre Anliegen am WSIS zu stärken, ist der Initiative des evangelischen Hilfswerks "Brot für alle" zu verdanken. Im Februar 2003 präsentierte sich diese "Schweizerische Plattform für eine partizipative Informationsgesellschaft" den Medien. Inzwischen hat der Name gewechselt zu "Comunica-ch" bzw. "Schweizer Plattform zur Informationsgesellschaft" (www.comunica-ch.net). Darin vertreten sind gegenwärtig 38 Organisationen, darunter die Hilfswerke der Arbeitsgemeinschaft. Auch in der Plattform "Comunica-ch" sind Peyer und Egger für die Interessenwahrung der Hilfswerke besorgt. "Brot für alle" stellt für die Sitzungen von "Comunica-ch" seine Infrastruktur in Lausanne zur Verfügung. Das Ziel der Plattform "Comunica-ch" ist es, auf die Position der Schweizer Delegation einzuwirken. Analog zu den Grundsatzentwürfen des WSIS hat "Comunica-ch" ihre Anliegen in einer Grundsatzerklärung und einem Aktionsplan zum Ausdruck gebracht. Diese Grundsatzerklärung zur Informationsgesellschaft lässt sich in neun Punkten zusammenfassen:

Positionen der Comunica-ch

- Wissen und Information sind öffentliche Güter und keine vermarktbareren Grössen.
- Im Zentrum steht das öffentliche Interesse. Alle Fragen der Informationsgesellschaft müssen daher auch aus einer ethischen und sozialen Perspektive betrachtet werden.
- Zentral sind Grundregeln des Friedens, der Gerechtigkeit, der Gleichstellung und der nachhaltigen Entwicklung in sozialer, wirtschaftlicher und umweltbezogener Hinsicht.
- Die Informationsgesellschaft muss die Grundrechte der Meinungsäusserungsfreiheit und das Recht auf Information gewährleisten und auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte basieren (insbesondere auf Artikel 19, 27 und 28).
- Kulturelle Vielfalt und Verschiedenheit müssen respektiert werden.
- Demokratie und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger müssen als Grundsätze verankert werden.
- Die Ausgestaltung der Informationsgesellschaft darf sich nicht auf die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien beschränken, sondern muss die traditionellen Medien einbeziehen. Ein qualitativ hochstehender Service Public muss überall garantiert sein.
- Die Zivilgesellschaft muss an der Umsetzung der im Aktionsplan festgehaltenen Zielvorgaben des WSIS mitwirken können.
- Die Massnahmen des WSIS müssen die verschiedenen wirtschaftlichen Systeme berücksichtigen. Der Interessenlage kleiner Unternehmen ist Rechnung zu tragen.

Gemeinschafts-Medien: ein zentrales Anliegen der Hilfswerke

Ein zentrales Anliegen von "Fastenopfer" und "Brot für alle" hat Eingang gefunden in den Aktionsplan von "Comunica-ch": die Förderung der so genannten Gemeinschafts-Medien. Im Abschnitt "Medien" heisst es unter anderem: "Jeder Staat setzt sich ein für die Unterstützung von Gemeinschafts-Medien als Mittel, um auf die Bedürfnisse von Gruppen und spezifischen Teilen der Bevölkerung zu antworten: gerechter Zugang zu Frequenzen und Lizenzen, öffentliche Finanzierung, technische Hilfe, Ausbildung."

Mit den Gemeinschafts-Medien verknüpfen die Hilfswerke ein gezieltes Anliegen. "Anhand der Gemeinschafts-Medien wird sichtbar, wo die Herausforderungen für die Informationsgesellschaft liegen", sagt Susanne Blätter. "Sie heben den sozialen Aspekt hervor, den die Entwicklungsorganisationen in die Verhandlungen am WSIS einbringen." Im Rahmen der WSIS-Begleitveranstaltung "Community Media Forum" werden "Fastenopfer", "Brot für alle" und die katholische Medienorganisation "Catholic Media Council" (CAMECO) am 12. Dezember eine Studie zu Gemeinschafts-Radios in Lateinamerika (radios populares) präsentieren. Viele dieser Radios sind im Verband der lateinamerikanischen Radios für Rundfunckerziehung zusammengeschlossen (ALER – Asociación Latinoamericana de Educación Radiofónica, www.aler.org.ec). "Die Studie zeigt auf lebendige Weise, wie diese Radios funktionieren, aber auch, mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen haben, zum Beispiel mit fehlender Anerkennung oder mit Restriktionen, die einen Sendebetrieb eigentlich verunmöglichen", sagt Urs A. Jäggi von "Brot für alle".

Strategische Koalitionen schaffen Synergien

Das Beispiel "Fastenopfer" zeigt deutlich, dass strategische Koalitionen in den eigenen Reihen mindestens genau so wichtig sind wie die direkte Mitwirkung im politischen Prozess. "Fastenopfer" fehlt es nicht an inhaltlicher Kompetenz – allerdings an personellen Kapazitäten. Damit wird ein Problem deutlich, das "Fastenopfer" mit vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen teilt: Diese sind häufig so strukturiert, dass für ausserordentliche, längerfristige Engagements ausserhalb oder am Rand der eigentlichen Kernaufgaben kaum Zeit bleibt – es sei denn, es findet eine kurzfristige Verlagerung der Prioritäten statt. Für diese Option hat sich "Brot für alle" entschieden. Dies erklärt, warum "Brot für alle", das mit weniger Personal auskommen muss als "Fastenopfer", mit Chantal Peyer als Mitglied der Schweizer Regierungsdelegation direkter in die Strukturen und Prozesse eingebunden ist.

Trotz allem Engagement der kirchlichen Hilfswerke ist die Wirkung nach aussen noch nicht garantiert. Tatsache ist: In der Deutschschweiz war der WSIS bisher kaum ein Thema. Dies obschon in den gemeinsamen Bildungs- und Sammel-Kampagnen von "Fastenopfer" und "Brot für alle" in den beiden vergangenen Jahren die Informationsgesellschaft ein zentrales Thema war. Direkt involvierte Akteure stellen zudem einen eigentlichen "Röschtigraben" zwischen den Sprachregionen fest: "Das Bewusstsein für internationale Politik ist in der Westschweiz generell grösser", meint Jacques Berset und stellt nüchtern fest: "Die Mobilisierung läuft langsam, und die Arbeit ist stark personenbezogen". Dennoch gibt sich Berset zuversichtlich: "Genf ist nur eine Etappe, der damit verbundene Bewusstseinsprozess ist das Wichtigste."

Matthias Müller ist Mitarbeiter im Katholischen Mediendienst

Literatur:

Kleinwächter, Wolfgang (2003): Globale Informationsgesellschaft ja – aber wie? Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) in Genf vor dem Showdown. In: Telepolis, Magazin der Netzkultur, 20.9.2003: <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/15677/1.html>

Links:

Comunica-ch – Schweizer Plattform zur Informationsgesellschaft: <http://www.comunica-ch.net>
Arbeitsgemeinschaft der sechs grossen Schweizer Hilfswerke: <http://www.swisscoalition.ch>
Brot für alle: <http://www.bfa-ppp.ch>, Caritas: <http://www.caritas.ch>,
Fastenopfer: <http://www.fastenopfer.ch>, Heks: <http://www.heks.ch>
Helvetas: <http://www.helvetas.ch>, Swissaid: <http://www.swissaid.ch>

Katholische Medien und Medienorganisationen:

CAMECO – Catholic Media Council: <http://www.cameco.org>

KIPA – Katholischen Internationalen Presseagentur: <http://www.kipa-apic.ch>

UCIP – Union catholique internationale de la presse: <http://www.ucip.ch>

"Formieren" heisst das Zauberwort

Kirchen als globale Akteure der Zivilgesellschaft

Charles Martig

Auf der Anfahrtspiste zum WSIS in Genf haben sich sowohl internationale christliche Organisationen wie auch kirchliche Hilfswerke aus der Schweiz in den Vorbereitungskonferenzen engagiert. Dabei bestand die Hauptleistung bisher in der Formierung der zivilgesellschaftlichen Akteure und weniger in den inhaltlichen Stellungnahmen. Es geht um einen Reifungsprozess, in dem sich diese Organisationen finden, gemeinsame Interessen formulieren und strategische Partnerschaften mit Regierungsorganisationen aufbauen können. Am Beispiel der kirchlichen Akteure – mit dem Fokus auf katholische Organisationen – zeigen sich grundlegende Spannungen und mögliche Wege, die zivilgesellschaftlichen Anliegen in den Prozess einzubringen.

Die christlichen Kirchen haben auf internationaler Ebene mehrere Organisationen, die sich im Prozess des WSIS engagieren. Diese zivilgesellschaftlichen Akteure sind global gut vernetzt und führen professionelle Geschäftsstellen, die sich bereits über mehrere Jahrzehnte mit Fragen der Gerechtigkeit in der globalen Kommunikation auseinandersetzen. Konkret haben sie sich seit Anfang der 80er-Jahre am Diskurs über die neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung (NWIKO) beteiligt.

Ein Kenner der Entwicklungen ist seit gut 20 Jahren Jacques Berset, der sich im Formierungsprozess der kirchlichen Organisationen auf den WSIS hin sehr engagiert hat. Berset hat ein Mandat vom katholischen Hilfswerk "Fastenopfer" und von der "Union catholique internationale de la presse" (UCIP) erhalten und beteiligte sich an der zweiten und dritten Vorbereitungskonferenz (PrepCom2 und 3) als Lobbyist für die Anliegen der Zivilgesellschaft. Er ist überzeugt, dass ein Engagement im WSIS-Prozess nur mit einem historischen Bewusstsein der Ereignisse möglich ist. Anfang der 80er-Jahre schrieb Berset eine Diplomarbeit zur neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung (NWIKO). Diese neue Ordnung wurde von der UNESCO, der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation, propagiert. Sie stürzte jedoch die UNESCO in den 80er-Jahren in eine fundamentale Krise. Unter dem Vorwand, die Entwicklungsländer verfolgten mit Unterstützung des damaligen Ostblocks das Ziel, die Pressefreiheit des Westens zu untergraben, traten die Vereinigten Staaten von Amerika 1984 zusammen mit einigen weiteren Ländern unter Protest aus der UNESCO aus. Tatsächlich jedoch fürchteten die USA um ihre Vormachtstellung im lukrativen weltweiten Kommunikations-Business. Mit ihrem Austritt erreichten die USA, dass die internationale Medienpolitik von der kulturellen und gesellschaftspolitischen Ebene weg auf eine technologische und wirtschaftliche Schiene verlagert wurde. Heute, 20 Jahre später, haben mit dem WSIS viele der damaligen NWIKO-Inhalte den Weg zurück auf den Verhandlungstisch gefunden – "mit einem grossen Unterschied", betont Berset. "Heute sind es nicht mehr Staaten, die diesen Positionen zum Durchbruch verhelfen wollen, sondern die Organisationen aus der Zivilgesellschaft." Mit dem WSIS in Genf und Tunis ergibt sich insbesondere für die kirchlichen Akteure die Möglichkeit, ihr sozial- und medienethisch ausgerichtetes Engagement weiterzuführen.

Alte Strukturen in neuer Bewegung

Auf katholischer Seite gibt es die Plattform C.I.O.C., die Konferenz der Internationalen Katholischen Organisationen, in welcher 35 zivilgesellschaftliche Akteure zusammengeschlossen sind. Die C.I.O.C. hat mit dem "Centre Catholique International de Genève" ein operatives Zentrum, das die katholischen Akteure zusammenführt und koordiniert. Die Konferenz hat die beiden Medienorganisationen SIGNIS und UCIP im Hinblick auf den WSIS beauftragt, eine Stellungnahme zur Deklaration der Prinzipien und zum Aktionsplan zu verfassen. SIGNIS ist die Katholische Weltorganisation für Kommunikation, die sowohl digitale wie auch analoge elektronische Medien in ihrer Entwicklung begleitet, weltweit an Film- und Fernseh-Festivals sowie an Fachmessen für Medienschaffende präsent ist und Bildungsangebote führt. Mit einer Abstützung in über 130 Mitgliedsländern ist gerade der interkulturelle Dialog über die Entwicklung der Informationsgesellschaft ein fundamentales Anliegen von SIGNIS. In enger Beziehung zu SIGNIS steht die internationale katholische Pressearbeit, die seit 1927 in der Katholischen Weltunion der Presse UCIP organisiert ist. Sie engagiert sich für die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten in einer weltweit vernetzten Kommunikation, unterstützt die Qualitätssicherung ethischer Standards durch Weiterbildungsmaßnahmen, tritt ein für die kritische Bewertung des Berufsstandes und unterstützt die Entwicklung freier und unabhängiger Medien. Dabei wird das Katholische im ursprünglichen Wortsinn als globales Engagement für die Vielfalt von Kulturen und Lebensformen verstanden. Die Leitbilder dieser beiden Organisationen, die sich für eine demokratische, offene und kulturell vielfältige Informationsgesellschaft einsetzen, prägen inhaltlich die Stellungnahme, die sie für die C.I.O.C. erarbeitet haben. Viel wichtiger als diese Stellungnahme ist jedoch der Schritt zur Formierung der katholischen Organisationen, der relativ spät eingetreten ist. Mitten in der Krise während der dritten Vorbereitungskonferenz (PrepCom3) haben sich die Teilnehmer darauf geeinigt, dass die grundlegenden Inhalte und Prozeduren des WSIS in Genf nicht mehr beeinflusst werden können. Die katholischen Organisationen beteiligen sich deshalb an der öffentlichen Begleitplattform, bestehend aus einer Ausstellung und einem Konferenzteil, die von der "Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit" (DEZA) der Schweizer Bundesverwaltung gemeinsam mit dem Netzwerk "Global Knowledge Partnership" (GKP) organisiert wird. Den Gipfel werden die katholischen Akteure vor allem nutzen, um strategische Allianzen aufzubauen. Es gibt bereits Vorschläge der "Caritas Internationalis" – ein weiterer wichtiger Akteur, der primär sozialethische Anliegen verfolgt – im Frühjahr 2004 ein Treffen der internationalen katholischen Organisationen einzuberufen, das die Ergebnisse der ersten Phase in Genf reflektiert und einen eigentlichen Aktionsplan für Tunis 2005 entwickelt. Zur Zeit gibt es zwei Entwicklungsrichtungen, die von katholischen Akteuren verfolgt werden, um ihre Anliegen in den Prozess einzubringen: Die neue Formierungsstrategie ist einerseits auf die Mitwirkung in den Regierungsdelegationen ausgerichtet und andererseits auf die internationale ökumenische Kooperation der christlichen Kirchen.

Katholische Kirche als Stimme der Zivilgesellschaft

Die erste Strategie besteht darin, offizielle Teilnehmer für die zivilgesellschaftlichen Anliegen zu gewinnen und einzubinden. So haben beispielsweise die Hilfswerke "Brot für alle" und "Fastenopfer" mit Chantal Peyer eine offizielle Vertretung in der Schweizer Delegation (vgl. den Beitrag von Matthias Müller in dieser Ausgabe). Dies scheint erfolgsversprechend, da durch eine aktive Mitwirkung der kirchlichen Organisationen zivilgesellschaftliche Anliegen in die offiziellen Stellungnahmen Eingang finden können, die bisher nur als beratende Stimmen eingestuft wurden. Das Lobbying auf katholischer

Seite besteht nun darin, die Beteiligung des Vatikans im Regierungssektor als Möglichkeit wahrzunehmen, um zivilgesellschaftliche Anliegen zu stärken. Es bestehen bereits Kontakte zum Nuntius Tomasi, dem Vertreter des Heiligen Stuhls bei den internationalen Organisationen in Genf. Die Annäherung zwischen den internationalen katholischen Organisationen und dem Vatikan ist jedoch ambivalent. Die Stärke besteht im Zugang zu den offiziellen Formulierungsprozessen des WSIS. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die Anliegen der Zivilgesellschaft vereinnahmt werden und nur in abgeschwächter Form einfließen. Dadurch verliert der Formierungsprozess an Klarheit und Schärfe. Das Lobbying eröffnet also nur vermittelt Zugänge zum Entscheidungsprozess über die Prinzipien und den Aktionsplan des WSIS. Vielleicht verhindert diese Strategie auch indirekt, dass die Zivilgesellschaft als gleichwertiger Sektor anerkannt wird.

Allianzpartner gesucht: Lobbying im ökumenischen Verbund?

Die zweite Strategie ist eine Zusammenarbeit auf ökumenischer Ebene. Die Weltvereinigung für christliche Kommunikation WACC ist ein valabler Partner, der auf dem Ökumenischen Rat der Kirchen aufbaut. Die Organisation ist ein Zusammenschluss von 850 Institutionen und Einzelpersonen in 115 Ländern. Die WACC hat das deutschsprachige Informationsangebot ihrer Website stark erweitert. Damit sollen das Wissen und die Erfahrungen der Mitglieder über das Internet noch stärker in einen globalen Austausch über die Perspektiven einer demokratischen Kommunikation einbezogen werden. Die Dienstleistung wird in insgesamt 33 Sprachen angeboten. Damit zeigt sich in der digitalen Vernetzungsarbeit der WACC, was sie unter einer demokratischen Kommunikation in der Informationsgesellschaft versteht. Ausgehend von der CRIS-Kampagne (Communication Rights in the Information Society), die sich für die Kommunikationsrechte in der Informationsgesellschaft stark macht, hat sich die WACC mit international operierenden Hilfswerken auf den WSIS-Prozess vorbereitet. Sie hat sich auch aktiv in die Vorbereitungskonferenzen des WSIS eingebracht und mit Vertretern von SIGNIS und UCIP, den katholischen Partnerorganisationen, zusammengearbeitet. In Bezug auf die Strategie der kirchlichen Akteure besteht die Frage, wie sich die katholischen Organisationen der C.I.O.C.-Plattform mit der WACC und dem Ökumenischen Rat der Kirchen koordinieren. Bisher ist der Formierungsprozess noch nicht so weit fortgeschritten, dass ein gemeinsames Vorgehen der christlichen Kirchen aller Denominationen möglich wäre. Insbesondere führt auch das Lobbying des Vatikans dazu, dass die C.I.O.C. und die WACC sich nur teilweise annähern können, obwohl eine grosse Übereinstimmung in den medienethischen Anliegen besteht. Die politische Distanz zwischen der Katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen in bestimmten Sachfragen wirkt sich hier dysfunktional aus.

Fazit: Die internationalen katholischen Organisationen könnten über die Annäherung an den Vatikan ihre Anliegen in den Regierungssektor offiziell einbringen. Diese direkte Verbindung ist ein möglicher Lösungsweg zur Stärkung der Zivilgesellschaft, beinhaltet aber auch Widersprüche. Insbesondere die ökumenische Kooperation wird durch dieses Lobbying beeinträchtigt. Die Definition von Nähe und Distanz zwischen offiziellen kirchlichen Strukturen, wobei auf katholischer Seite ein Demokratiedefizit besteht, während unabhängige internationale Organisationen ein demokratisch offenes Leitbild haben, ist eine der Kernfragen für den weiteren Formierungsprozess.

Charles Martig ist Theologe und Medienwissenschaftler, Geschäftsführer Katholischer Mediendienst in Zürich und Mitglied der internationalen katholischen Medienorganisation SIGNIS.

Literatur:

Berset, Jacques (1983): Structure mondiale de l'information et de la communication: flux à sens unique et domination politico-culturelle et économique du Tiers-Monde, Fribourg (Verfügbar in der BCU Fribourg).

Jaeggi, Urs A. (1996): Basisdienste in jeder Hütte? Telekommunikation und Entwicklungsländer. In: ZOOM K&M Nr. 7: http://www.medienheft.ch/zoom_km/texte/t07.06.pdf

Peyer, Chantal / Jaeggi, Urs A. (2003): Entwicklung braucht Kommunikation. Die Weltkonferenz der UNO zur Informationsgesellschaft, Bern. (Bestellung: materialstelle@bfa-ppp.ch)

Links:

Caritas Internationalis: <http://www.caritas.org>

Centre Catholique Internationale de Genève: <http://www.ccig-iccg.org>

CRIS – Communications Rights in the Information Society: <http://www.crisinfo.org>

KIPA – Katholische Internationale Presseagentur: <http://www.kipa-apic.ch>

SIGNIS - Katholische Weltorganisation für Kommunikation: <http://www.signis.net>

UCIP – Union catholique internationale de la presse: <http://www.ucip.ch>

WACC – Weltorganisation für christliche Kommunikation: <http://www.wacc.org.uk>

World Forum on Communication Rights: <http://www.communicationrights.org>

WSIS – offizielle Website: <http://www.itu.int/wsis>

WSIS – Civil Society: <http://www.geneva2003.org/wsis/indexa01.htm>

WSIS – Contributions of the Civil Society: http://www.geneva2003.org/wsis/index_c01_1_01.htm

WSIS – The Community Platform: <http://www.wsis-online.net>

Die Informationsgesellschaft – eine Chimäre

Die Zivilgesellschaft auf der Suche nach mehr Demokratie

Werner A. Meier

Als Mitte November die letzte Vorbereitungskonferenz für den Weltgipfel zur Informationsgesellschaft in Genf zu Ende ging, zeigte sich, dass dieses Unterfangen von einer Reihe extremer Widersprüche geprägt ist. Je nach Standort, gesellschaftlicher Position und Rolle der Beteiligten aus Wirtschaft, Staat oder Zivilgesellschaft fällt der Blick auf den Gipfel unterschiedlich aus. Die einen versprechen sich eine Stärkung des Nationalstaates, die anderen eine Förderung der nationalen und globalen Wirtschaft, die Dritten träumen von einer Aufwertung der Zivilgesellschaft im Weltmassstab und die Vierten erhoffen sich eine Demokratisierung der Gesellschaft.

Im Hinblick auf eine engagierte öffentliche Diskussion habe ich meine Ausführungen in acht Thesen gegliedert. Zusammengefasst behaupte ich, erstens, dass das Konzept der Informationsgesellschaft stark technikfixiert, hochpolitisch und eher demokratiefeindlich ist, zweitens, dass auch das Konzept der Zivilgesellschaft höchst umstritten und widersprüchlich ist, und drittens, dass das Demokratiepotezial der Informations- und Kommunikationstechnologien unter den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen vernachlässigbar gering ist.

Die Informationsgesellschaft ist eine Chimäre – es lebe die Wassergesellschaft!

Das Informationszeitalter ist angebrochen und eine globale Informationsgesellschaft entsteht. So jedenfalls lautet die gängige und populäre Erklärung für den Umstand, dass heute fast überall in der Welt eine Vielzahl von Kommunikationstechniken am Arbeitsplatz und in den Haushalten Anwendung findet. Kommt als zweites Merkmal hinzu, dass die Produktion, die Verarbeitung und der Verkauf von Informationen aller Art zu einem wichtigen Industriezweig in allen Ländern der ersten Welt geworden sind.

Allerdings, was für die Information gilt, trifft in noch viel grösserem Masse für das Trinkwasser zu. Jede Person, jede Familie, jedes Land ist existenziell auf den Zugang zu Wasser angewiesen, und die Produktion und Distribution von Trinkwasser ist für jede Volkswirtschaft von herausragender Bedeutung. Doch niemand spricht bis jetzt von einer "Wassergesellschaft".

Wirtschaft und Politik favorisieren in starkem Masse den Begriff "Informationsgesellschaft". Damit bekommt das doch eher triviale Konzept plötzlich eine herausragende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Bedeutung, wenn diese Vision sich sowohl diskursiv als auch faktisch durchzusetzen beginnt. Da stellt sich unweigerlich die Frage: Warum wird die Informationsgesellschaft so massiv gefördert und so pathetisch herbeigeredet? Wollen wir überhaupt eine Informationsgesellschaft?

Das Konzept einer globalen Informationsgesellschaft ist technisch fixiert und wird alternativlos kommuniziert, statt über Dialoge gesellschaftlich konstruiert.

Geredet wird von der Informationsgesellschaft, als ob es für uns keine Alternativen gäbe. Es wird uns erzählt, dass gesellschaftliche Entwicklung in erster Linie von techni-

medien heft

schen Innovationen abhängt. Durchbrüche in der Informations- und Kommunikationstechnologie führen – so die Behauptung – unweigerlich zu tief greifendem sozialem Wandel. Dieser technologische Determinismus geht davon aus, dass Informations- und Kommunikationstechniken eine unaufhaltsame, eigengesetzliche Entwicklungslogik einschlagen würden. Zusätzlich zwingt der technologische Imperativ uns – aber auch die Politik und den Staat – zur Anpassung. Gegen die unaufhaltsame und unabänderliche Informationsrevolution zu kämpfen sei so vergeblich wie der Kampf der Landwirte gegen den Bau der Eisenbahn im 19. Jahrhundert.

Einen solchen Diskurs pflegen in erster Linie die führenden Computerhersteller und Telekommunikationsfirmen, die von einer durchgehenden Informatisierung der Lebenswelt unmittelbar als erste profitieren. Im Schlepptau der Wirtschaftsunternehmen bewegen sich die Länder der G8-Gruppe, die ebenfalls tatkräftig und mit viel öffentlichen Geldern der schönen neuen Welt zum Durchbruch verhelfen wollen. Und dies schon seit Jahrzehnten. Das Leitbild "Informationsgesellschaft" erzielt seit dreissig Jahren Wirkung, indem es uns ständig auf spekulative und spektakuläre Weise eine optimistische Vision einer neuen Gesellschaft vermittelt. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Mit der systematischen Verkabelung von Agglomerationen und Städten in den 70er-Jahren wurde der Bevölkerung nicht nur eine neue Vielfalt von Unterhaltungsprogrammen versprochen, sondern auch verstärkte politische Partizipationschancen in Aussicht gestellt. Ein Rückkanal sollte die Kabel- oder Teledemokratie hervorbringen und uns einen direkten Draht ins Stadtparlament bzw. ins Rathaus ermöglichen. Eine Art Landsgemeinde über die Kabelnetze wurde uns verheissen.

Auch wenn alle politischen Visionen bezüglich einer Demokratisierung anonymer Grossstädte und desintegrierter Kommunen sich in keiner Weise erfüllt haben, hat man in Anbetracht der rasanten Verbreitung des Internets sowie der Etablierung der Breitbandtechnologie schon längst wieder begonnen, vom Demokratiepotential des Netzes aller Netze zu schwärmen. Nicht im Internet, sondern sehr traditionell in einem Buch bin ich auf einen Amerikaner gestossen, der das Internet als "Swiss Army knife of information and communication" bezeichnet, weil es – im Unterschied zu den alten Medien – so polyvalent Text, Bilder, Ton und Film vermitteln könne (vgl. Selnow 2003: 33).

Nicht nur Politiker, auch Wissenschaftler verzichten zu oft auf den kritischen Blick in die Vergangenheit, um die eigene Vision von der Demokratisierung der Gesellschaft durch den Zugang zum Internet nicht zu gefährden. In den einschlägigen Papieren der führenden Wirtschaftskapitäne und Staatsmänner ist der Verweis auf das Demokratiepotential in erster Linie ein Verkaufsargument, um die gigantischen Investitionen gegenüber der Zivilgesellschaft ausreichend zu rechtfertigen. Betrachtet man die Visionen zur Informationsgesellschaft, so können mindestens drei Kritikpunkte angeführt werden:

- Ständig werden optimistische Prognosen über die Zukunft abgegeben, ohne dass man über die tatsächliche Entwicklung in der Vergangenheit systematisch Rechenschaft ablegt.
- Zu oft werden den Informationstechnologien magische Kräfte zugeschrieben, die die drängenden Probleme unserer Welt zu lösen imstande seien, ohne dass der Beweis angetreten wird.
- Regelmässig überschätzt wird der Übergang von einer alten zu einer neuen Technik, und ebenso regelmässig überschätzt werden deren Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft. Der behauptete tief greifende Wandel ist – wenn überhaupt – nur an der Oberfläche spürbar.

Aus wissenschaftlicher Sicht drängt es sich nicht auf, von der "Informationsgesellschaft" zu sprechen – umso mehr hingegen aus politischer Sicht.

Die globale Informationsgesellschaft ist ein politisches Konzept, ein langfristiges industriepolitisches Programm, das vor allem von den USA und der EU seit Jahren markant gefördert wird. Es geht um Standortvorteile, Wirtschaftswachstum, neue Märkte und Mehrwertschöpfung. Noch direkter: Es geht um eine Durchkapitalisierung der Informations- und Kommunikationstechnologien, die dabei als omnipotente Wachstumsmotoren positioniert werden.

Informationstechnologien bedeuten für die Protagonisten dieses Leitbildes mehr Arbeitsplätze, grösseren Reichtum und höheren Lebensstandard – vor allem auch für Entwicklungsländer. Angestrebt wird ein Zusammenschluss von Politik und Wirtschaft, um gemeinsam regulatorische Vorschläge zu implementieren, neue Applikationen zu präsentieren und dabei den Massenabsatz zu sichern.

Die Industrie verlangt von den Staaten unter anderem die Formulierung nationaler Strategien zu Informations- und Kommunikationstechnologien, die Schaffung und Anerkennung von digitalen Signaturen und Verträgen für E-Commerce, den Schutz des geistigen Eigentums, die Förderung der Nachfrage und des Wettbewerbs und einen verstärkten Kampf gegen die wachsende Cyberkriminalität.

Das dominante Konzept der globalen Informationsgesellschaft ist aus Legitimationsgründen auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen.

In den letzten zehn Jahren ist es offensichtlich geworden, dass die NGOs als wichtigste Vertreter der Zivilgesellschaft auf der internationalen Ebene eine bestimmte Rolle zu spielen beginnen – welche genau, ist allerdings noch nicht entschieden. Die Globalisierung von Wirtschaft und Staat hat die Demokratieproblematik auf der internationalen Ebene massiv verschärft. Die Wirtschaft, repräsentiert durch die führenden transnationalen Konzerne und die dominierenden Nationalstaaten, vertreten durch die G8-Gruppe, die OECD und die WTO, sind immer weniger in der Lage, in geheimer Kabinettpolitik ihre Interessen durchzusetzen. Das Scheitern des WTO-Gipfels in Cancun ist nur das jüngste Beispiel für das vorherrschende Demokratiedefizit. Folgerichtig versucht nun der UNO-Weltgipfel von Genf, Vertreter der Zivilgesellschaft in die Entscheidungsprozesse über den Auf- und Ausbau einer zukünftigen globalen Informationsgesellschaft mit einzubeziehen, um die Exzesse einer ausschliesslich kommerziell definierten Entwicklung bis zu einem gewissen Grade auszugleichen. Die Vertreter der Zivilgesellschaft sind allerdings am Katzentisch nur willkommen, wenn es darum geht, die nicht intendierten gesellschaftlichen Folgen einer industriezentrierten Vergesellschaftung abzufedern. Jedenfalls nicht erwünscht am Verhandlungstisch ist eine Zivilgesellschaft, die sich die Freiheit nimmt, das merkantile neoliberale Paradigma einer globalen Informationsgesellschaft grundsätzlich in Frage zu stellen. In den Vorbereitungskonferenzen zum Weltgipfel waren einzelne Vertreter der Zivilgesellschaft denn auch immer nahe daran, die Verhandlungen abzubrechen, eine eigene Deklaration zu formulieren oder sogar einen Gegengipfel zu organisieren.

Die Zivilgesellschaft ist ein schwach institutionalisiertes Konzept.

Die Nichtregierungsorganisationen als Vorreiter der Zivilgesellschaft sind weder demokratisch ausreichend legitimiert noch verfügen sie über formale Rechte, direkt in die Verhandlungen einzugreifen und Entscheide herbeizuführen. Die sich selbst organisierenden NGOs partizipieren lediglich, indem sie Ideen, Wissen, Analysen und politische Lösungen auf den Tisch bringen. Ihre Stärke hängt davon ab, ob es ihnen gelingt, mittels intellektuellen Argumenten und moralischen Überzeugungen, Politik und Wirtschaft für sich zu gewinnen. Allerdings kann schon die schiere Präsenz von NGOs die Entscheidungen von multilateralen Institutionen und Organisation legitimieren helfen. Dabei zeigt sich gerade im Falle des WSIS in Genf, dass die Positionen der Zivilgesellschaft mit denjenigen der führenden nationalen Regierungen (z.B. der G8-Gruppe) extrem stark konfliktieren. Während die Regierungen des Nordens und des Südens in erster Linie einen Ausbau aller Kommunikationsinfrastrukturen befürworten, betonen die Vertreter der Zivilgesellschaft den damit angestrebten Zugang zu Wissen und Bildung für alle Bevölkerungsschichten. Die Staaten des Nordens und die neoliberale Agenda der Wirtschaft bemühen sich um eine Ausweitung der Rechte über geistiges Eigentum, um die Kommerzialisierung von Information, Unterhaltung und Wissen zu fördern, während weite Teile der Zivilgesellschaft die Information als öffentliches, nicht-kommerzielles Gut etabliert haben möchten. Auch wenn es um die Regulierung der globalen Informationsgesellschaft geht, könnten die Positionen der Mehrheit der Industriestaaten und derjenigen der Zivilgesellschaft nicht unterschiedlicher sein. Während viele Regierungsdelegationen in Übereinstimmung mit der Wirtschaft darin vor allem die Etablierung und Sicherung eines marktwirtschaftlichen Investitionsumfelds verstehen, fordert die Zivilgesellschaft Regulierungen und Restriktionen im Bereiche der globalen Medienkonzentration und des globalen Handels zur Förderung von sprachlicher Vielfalt und kultureller Diversität. Die Zivilgesellschaft hat nur Chancen der Zielverwirklichung, wenn es in Einzelfragen zu Koalitionen mit verschiedenen Gruppen von Regierungsvertretern und der Wirtschaft kommt. So werden Freiheitsrechte wie die Meinungs- und Medienfreiheit oder gewisse Selbstregulierungsmechanismen auch von einer Mehrheit der etablierten "Stakeholder" vertreten. Ungewiss bleibt hingegen, ob diese für die Zivilgesellschaft allenfalls positiven Ergebnisse tatsächlich zu einer Demokratisierung der globalen Informationsgesellschaft führen.

Das Demokratiepotezial der Informationstechnologien ist gering.

Schenkt man den wirtschaftspolitischen Konzepten zur Informationsgesellschaft Glauben, so löst das Internet einen neuen Demokratisierungsschub in Politik und Gesellschaft aus. Den Nutzern wird eine neue, aktivere Rolle zugeschrieben. Das Individuum gewinnt an Souveränität und Rechten auf Kosten des Staates. Laien und BürgerInnen erhalten Zugang zu Informationen, die bis anhin lediglich SpezialistInnen oder der Regierung vorbehalten waren.

Die globale Informationsgesellschaft mit ihrem rasch wachsenden Potenzial an Kommunikationstechnologien wird die politische Partizipation von Individuen erleichtern, das gegenseitige kulturelle Verständnis verstärken und Empathie für andere Gesellschaften und deren Kulturen schaffen. So oder ähnlich programmatisch tönen die Konzepte im Vorfeld des Genfer UNO-Gipfels zur Informationsgesellschaft. Dabei gilt das Internet als Wegbereiter für eine neue Freiheit und für die neue Demokratie im Weltmasstab.

In der Tat können sich die organisierten und unorganisierten Interessen der Gesellschaft mittels des Internets besser artikulieren, sie sind weniger Zwängen ausgesetzt und können ihre Ziele schneller und effizienter erreichen. Dies gilt allerdings für die Antiglobalisierungs- und die Antikriegsbewegung genauso wie für den Rechtsextremismus, für Kriegspropaganda, Rassismus und den internationalen Terrorismus. Das Internet verhilft als Trendverstärker nicht nur solchen politischen Anliegen zum Durchbruch, die mit Demokratie unmittelbar gekoppelt sind, sondern mobilisiert auch Aktivitäten, die sich mit Demokratie nicht vertragen.

Jedenfalls ist der technische Zugang zum Internet lediglich einer von vielen Faktoren, die entscheidend sein werden, inwieweit das Demokratiepotenzial des Internets zum Tragen kommen kann. Tatsache ist allerdings auch, dass das Politische im Internet einen nach wie vor verschwindend kleinen Raum einnimmt. Das Internet ist nicht in erster Linie ein Spital und auch nicht eine Universität, wo man sich um seine Gesundheit kümmern und sich weiterbilden kann, sondern eine rasend schnell wachsende Marketingmaschine zur Befriedigung von Konsumwünschen. Kommt hinzu, dass der Zugang zum Internet durch verschiedene Barrieren erschwert wird:

- Fehlende Lust, fehlendes Interesse, fehlendes Bedürfnis und fehlende Notwendigkeit führen zu einer mentalen Barriere bei den Nutzerinnen und Nutzern
- Teure Geräte und fehlender Anschluss an die Infrastruktur führen zu einer materiellen Barriere
- Fehlende Ausbildung und fehlende Kenntnisse über die Anwendungsmöglichkeiten führen zu einer Fertigungs-Barriere
- Fehlende Inhalte, Wissens- und Bildungseinheiten sowie fehlende Anwendungsmöglichkeiten führen zu einer kognitiven Barriere

Damit wird offensichtlich, dass sich auch im Internet oder im Cyberspace die vorherrschenden Macht-Ungleichheiten dieser Welt sehr schön reproduzieren, ja sogar sich zu verstärken drohen, wenn nicht politisch Gegensteuer gegeben wird.

E-Government bedeutet die forcierte Selbstbedienung im virtuellen Schalter und verhindert die zwischenmenschliche Kommunikation mit Verwaltung und Behörden.

Der direkte Draht zum Staat ist in Tat und Wahrheit eine Auslagerung von Verwaltungshandeln an die Bürgerinnen und Bürger selbst. Wir sollen durch E-Government in die Lage versetzt werden, Adressänderungen, den Zu- und Wegzug zu melden, ohne dass sich eine Verwaltungsperson damit beschäftigt. Der direkte Draht entpuppt sich als indirekter Draht, denn man bleibt beim Versuch, auf eine einfache Frage eine schnelle Antwort zu bekommen, völlig auf sich allein gestellt. Die Verwaltung versucht das zu kopieren, was die Banken schon seit Jahrzehnten vormachen. Einfache Geldgeschäfte brauchen keine Schalter, sondern können über Geldautomaten abgewickelt werden. Einfache administrative Anliegen der Verwaltung oder des Bürgers sollen über elektronische Plattformen abgewickelt werden können. Das höchste der Gefühle für den Bürger besteht in der Beantwortung oder Erledigung einer einfachen Frage oder Dienstleistung – zum Beispiel die Öffnungszeiten des realen und nicht virtuellen Schalters zu erfahren. Viele Gemeinden bemühen sich denn auch zu betonen, dass kein Schalter in Zukunft geschlossen würde, sondern dass der direkte Kontakt zu Behörden und Verwaltung bestehen bleibt. Und hoffnungsvoll wird hinzugefügt, dass die Verwaltung in Zukunft mehr Zeit für die anspruchsvollen Geschäfte haben wird, wenn die einfachen Anliegen künftig über den virtuellen Schalter elektronisch abgewickelt werden können.

Um auf die Banken zurückzukommen: Der Rationalisierungsschritt der Banken hat weder deren Prestige noch deren Transparenz erhöht, geschweige denn die Kontrolle über diese. Im Gegenteil: Die Banken haben verstärkt eine Entfremdung der Kleinkunden zugunsten der Grosskunden bewusst in Kauf genommen. Auch die Verwaltung ist heute bereit, Dienstleistungen vor allem für die kleinen und mittleren Unternehmen zur Verfügung zu stellen und weniger für die "politischen Kleinkunden".

Die Botschaft lautet: Der Bürger soll sich verstärkt selbst organisieren, mittels E-Government allenfalls Selbstbedienungsarbeit leisten und ansonsten möglichst keine Leistungen in Anspruch nehmen.

Zwischen E-Government und politischer Partizipation gibt es keinen Zusammenhang.

Selbstverständlich gibt es gute Gründe für die Implementierung von E-Government, doch sollte man aufhören, dabei einen Zusammenhang mit Demokratie und politischer Beteiligung zu konstruieren. Die Informatisierung der Politik erfolgt nicht aus partizipatorischen Gründen, zur Steigerung der Demokratie, sondern um Wartezeiten zu verkürzen, Produktivität zu steigern, die Kundenorientierung gegenüber der Wirtschaft zu verbessern und dabei die Bürokratie abzubauen.

E-Government ist ein Instrument zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Europa muss wettbewerbsfähiger und dynamischer werden. Die öffentlichen Verwaltungen sind für Firmen ein wichtiger Dienstleistungserbringer. Die für E-Government in der EU zuständige Kommission bringt die Ziele auf den Punkt:

"Ein – durch Abbau der Bürokratie – effizienterer und wirksamerer öffentlicher Sektor, der leicht zugänglich und nutzerfreundlich, sicher und zielgerichtet arbeitet, trägt erheblich zum wirtschaftlichen Wachstum in allen Zweigen der Volkswirtschaft bei." (Kommission 2003: 6)

"E-Government ist (...) der Schlüssel zu einer besseren und effizienteren Verwaltung. E-Government verbessert die Gestaltung und Durchsetzung staatlicher Politik und hilft dem öffentlichen Sektor bei der Bewältigung der sich widersprechenden Forderungen nach Erbringung von mehr und besseren Diensten mit immer weniger Mitteln." (Kommission 2003: 8)

Im Klartext: E-Government bietet den Unternehmen und der Verwaltung die Chance, am politisch verordneten Modernisierungsschub teilzunehmen. Hunderte von Millionen Franken werden in den nächsten Jahren in diesem Bereich zur Förderung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz ausgegeben. Dabei profitiert die Wirtschaft zweimal: einmal als Investor und nachher als Vorzugskunde; der politische Kleinkunde mit seinen einfachen Lebenslagen wird nur selten von den Errungenschaften des E-Government profitieren können. E-Government als Mittel der direkten Beteiligung an Politik scheint überhaupt keine Zukunft zu haben. Dieses Jahr sind zwei auf Cyberdemokratie spezialisierte amerikanische Politikwissenschaftler zum Schluss gekommen, dass das Warten auf die Internet-Demokratie dasselbe sei wie "Warten auf Godot" (Margolis / Resnick 2003: 232.).

Vielleicht sollten wir uns doch besser mit der Wassergesellschaft beschäftigen!

Werner A. Meier ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung Zürich IPMZ sowie Geschäftsleiter des Kompetenzzentrums SwissGIS an der Universität Zürich.

medien heft

Literatur:

Selnow, Gary W. (2003): The Information Age is Fostering the Spread of Freedom and Democracy. In: Torr, James D. (Ed.): The Information Age. Farmington Hills, Michigan, S. 31-34.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2003): Die Rolle elektronischer Behördendienste (E-Government) für die Zukunft Europas. Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Brüssel, 26.9.2003:

http://europa.eu.int/information_society/eeurope/2005/doc/all_about/egov_communication_de.pdf

Margolis, Michael / Resnick, David (2003): Waiting for Cyber-Democracy is Like Waiting for Godot. In: Harper, Joseph / Yantek, Thom (Ed.): Media, Profit, and Politics. (Kent State University Symposium on Democracy 2001), Kent, S. 232-249.

Links:

SwissGIS, Kompetenzzentrum globale Informationsgesellschaft: <http://www.swissgis.unizh.ch>

Zum Beispiel eGovernment

Anwendungen der ICT in der Verwaltung

Michael Gisler

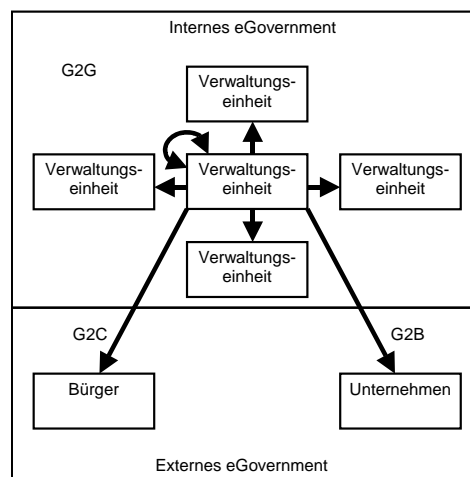
Es steht ausser Zweifel, dass sich die heutige Gesellschaft gegenüber der klassischen Industriegesellschaft gewandelt hat und wir uns auf dem Weg in eine Informationsgesellschaft befinden. Der Staat hat sich und seine Rolle in diesem Transitionsprozess neu zu definieren; eines der hierbei verwendeten Schlagworte lautet "eGovernment". Darunter ist mehr zu verstehen als ein einfacher Webauftritt. eGovernment ist ein Konzept, das nahezu alle Bereiche einer Amtsstelle berührt. Mehr noch: es hat auch Auswirkungen auf die Gesellschaft, die Politik und die Gesetzgebung. Erst wenn eGovernment in diesem Gesamtzusammenhang gesehen wird, kann die Cyberadministration dergestalt ausgerichtet werden, dass sie von den internen und externen Anspruchsgruppen akzeptiert wird. Ohne diese Akzeptanz wäre jedes eGovernment-Projekt zum Scheitern verurteilt.

Die Gesellschaft hat sich in wesentlichen Gebieten gewandelt, sei dies in sozialer, politischer, kultureller und nicht zuletzt auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Dieser Umstand rechtfertigt es, die gesellschaftlichen Entwicklungen nicht nur als evolutionären Schritt der Industriegesellschaft zu betrachten, sondern von einer neuen Gesellschaftsform auszugehen. Erste Ansätze hierzu gehen zurück auf Daniel Bell, der bereits 1973 von einer "postindustriellen Gesellschaft" sprach. Er beobachtete die Herausbildung einer neuen Gesellschaft, die nicht mehr mit den Begrifflichkeiten der kapitalistischen Industriegesellschaft beschrieben werden kann. Wissen und Information wurden zu strategischen und transformierenden Ressourcen wie es Kapital und Arbeit in der industriellen Gesellschaft waren (Trappel 1997: 10). Der Begriff der Informationsgesellschaft erlangte aufgrund des durch den US-Vizepräsidenten Al Gore im September 1993 lancierten Konzepts der "National Information Infrastructure" eine Wahrnehmung in der breiten Öffentlichkeit. Der im Mai 1994 veröffentlichte "Bangemann-Bericht" integrierte bewusst die gesellschaftliche Bedeutung in die Bezeichnung, indem er von der "Information Society" statt nur der "Information Infrastructure" sprach (Trappel 1997: 10). Die vom Bundesrat 1996 eingesetzte "Groupe de Réflexion" definierte die Informationsgesellschaft als eine "Wirtschafts- und Gesellschaftsform, welche also hauptsächlich auf der zunehmenden interaktiven Gewinnung, Speicherung, Verarbeitung, Vermittlung, Verbreitung und Nutzung von Informationen und Wissen basiert und in welcher der produktive Umgang mit der Ressource Information und die wissensintensive Produktion eine herausragende Rolle spielen" (Groupe de Réflexion 1997: 14).

Electronic Government

Es stellt sich die Frage, wie der Staat als wichtiger Teil der Gesellschaft mit diesen Veränderungen umgeht und wie er sich darin positioniert. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass die öffentliche Hand in zweierlei Hinsicht mit der elektronischen Kommunikation konfrontiert wird: Einerseits stellt sich die Frage, wie der Staat die Möglichkeiten der Neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu seiner Leistungserstellung nutzt. Dieser Bereich wird als "partizipierendes eGovernment" oder kurz als "eGovernment" bezeichnet. Andererseits hat der Staat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft zu gestalten oder – wo dies durch Private übernommen

Das externe eGovernment wird basierend auf der juristischen Persönlichkeit des Kommunikationspartners der öffentlichen Hand in zwei Bereiche eingeteilt. Analog zum eBusiness, in welchem die Kommunikationsbeziehungen in Business-to-Business (B2B) und Business-to-Consumer (B2C) eingeteilt sind, spricht man von Government-to-Business (G2B) und Government-to-Citizen (G2C). Hier scheint es wichtig, dass "Citizen" nicht im Sinne des "in der Schweiz wohnhaften Schweizer-Bürgers" verstanden wird. Gerade eGovernment bietet die Möglichkeit, Auslandschweizer zumindest elektronisch in das gesellschaftliche Leben der Schweiz einzubinden. Weiter soll eGovernment auch ausländische Bürger ansprechen und ihnen benötigte Dienste anbieten, beispielsweise zu Fragen der Immigration. Analog darf im Bereich der Unternehmen der Fokus nicht ausschliesslich auf den in der Schweiz ansässigen Betrieben liegen. Gerade eGovernment bietet hervorragende Möglichkeiten des Standortmarketings und damit die Möglichkeit, ausländische Unternehmen in die Schweiz zu bringen. Entsprechend soll im Bereich des externen eGovernment ganz allgemein von "Anspruchsgruppen" die Rede sein. Diese umfassen natürliche und juristische Personen aus der Schweiz und dem Ausland, welche elektronische Dienstleistungen des Schweizer Staates in Anspruch nehmen wollen.



Kommunikationspartner im Rahmen des eGovernment

Zwischen Dienstleistung und politischer Partizipation

Bereits die Frage nach den involvierten Kommunikationspartnern des eGovernment – sowohl auf der Anbieter- als auch auf der Nutzerseite – zeigt die grosse Komplexität der Thematik. Diese setzt sich fort bei den Inhalten: Es ist zu erkennen, dass mittels eGovernment zwei grundsätzlich verschiedene Bereiche elektronisch abgebildet werden sollen: einerseits der Geschäftsverkehr mit und zwischen staatlichen Stellen, andererseits neue Formen der politischen Partizipation (Muralt-Müller 2000).

In der von Aichholzer/Schmutzer (1999) für das Österreichische Bundeskanzleramt durchgeführten Studie wird ein dritter Bereich unterschieden, der sich mit elektronischen Dienstleistungen zu alltäglichen Lebenssituationen befasst:

- Alltag: elektronische Unterstützung der alltäglichen Lebensgestaltung
- Behördenkontakte: elektronische Unterstützung der Abwicklung von Verwaltungsangelegenheiten
- Politische Partizipation: elektronische Unterstützung politischer Prozesse der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung

Aufbauend auf dieser Dreiteilung werden die Anwendungsbereiche definiert. Für den bei Aichholzer/Schmutzer als "Alltag" bezeichnete Bereich soll der Begriff eAssistance verwendet werden, für den elektronischen Behördenverkehr "eAdministration" und für die elektronische politische Partizipation "eDemocracy".

eGovernment		
eAssistance elektronische Lebensgestaltung	eAdministration elektronischer Behördenverkehr	eDemocracy elektronische politische Partizipation

Anwendungsbereiche des eGovernment

Unter dem Begriff **eAssistance** wird der Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien zur Unterstützung der alltäglichen Lebensgestaltung verstanden. Beispiele hierzu wären etwa:

- Allgemeine Informationen (Öffnungszeiten der Behörden, Ortsplan etc.)
- Werbung in eigener Sache (Touristische Vorstellung der Gemeinde, Erwähnung der Standortvorteile für die Industrie etc.)
- Unterstützung zur Erfüllung gesetzlicher Aufträge, oft im Bereich der sozialen Wohlfahrt (Jobbörsen, Weiterbildungsveranstaltungen etc.)

eAdministration bezeichnet den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien zur Unterstützung des internen und externen Behördenverkehrs, also des amtlichen Geschäftsverkehrs. Anwendungsbeispiele hierzu sind:

- Elektronische Steuererklärung (eTaxes)
- Elektronische Volkszählung (eCensus)

Unter dem Begriff **eDemocracy** werden Diskussionen darüber zusammengefasst, wie sich die informations- und kommunikationstechnische Infrastruktur dazu nutzen lässt, demokratische Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen zu beleben (Burkert 1997). Die Ausgestaltungsmöglichkeiten reichen von der Information über Sachgeschäfte und elektronische Diskussionsforen bis hin zu elektronischen Abstimmungen oder Wahlen – dem eVoting oder der eElection. Dabei wird unterschieden zwischen eDemocracy im engeren und im weiteren Sinne:

- Im engeren Sinne steht eDemocracy für die elektronische Durchführung der jeweils verfassungsrechtlich vorgesehenen formalen Entscheidungsakte.
- Im weiteren Sinne umfasst eDemocracy auch die Bemühungen, die Bürger stärker in politische Meinungsbildungs- und Selbstorganisationsprozesse einzubeziehen.

Anleihen bei eBusiness

Im eBusiness werden die verschiedenen Formen elektronischer Dienstleistungen oft in die Bereiche Information, Interaktion und Transaktion eingeteilt:

- Die **Informationsstufe** umfasst den Abruf von statischen oder dynamischen Informationen durch den Benutzer.
- Die **Kommunikationsstufe** umfasst den Austausch von Nachrichten zwischen einzelnen Personen und/oder Gruppen.
- Die **Transaktionsstufe** umfasst die Auslösung von Prozessen der Güterbewegung oder der Erbringung von Dienstleistungen bzw. den gesamten Nachrichtenaustausch, welcher während der Durchführung eines solchen Prozesses notwendig ist (Versand von Bestätigungen etc.).

In jüngerer Zeit wird als vierte Stufe die **Integration** erwähnt. Diese bezeichnet die medienbruchlose Zusammenführung der Systeme des externen und der Systeme des internen eGovernment. Diese Sichtweise birgt allerdings die Gefahr, dass man die Stufen als ein Vorgehensmodell begreift, wobei die verschiedenen Systeme am Schluss integriert werden. Eine Integration in bestehende Systeme sollte hingegen bei jeder neuen Applikation angestrebt werden, unabhängig davon, ob sie auf der Stufe der Information, der Kommunikation oder der Transaktion zuzuordnen ist.

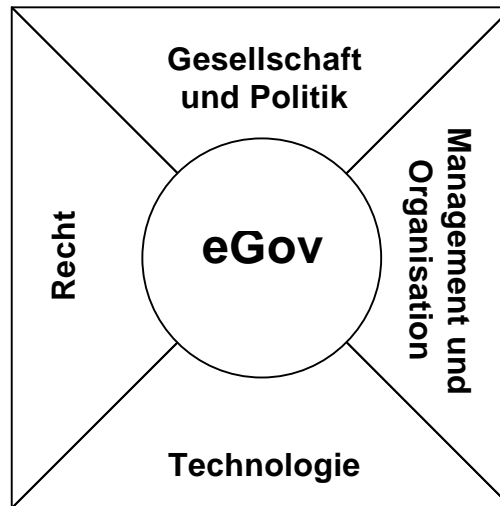
Analog zum eBusiness stellen erst integrierte Transaktionsapplikationen effektive eGovernment-Lösungen dar, während reine Informationsangebote dem Webpublishing zuzurechnen sind. Jedoch lässt sich diese theoretische Abgrenzung in der Praxis nicht ohne Probleme aufrechterhalten. So stellt sich etwa die Frage, ob ein reines, aus Hunderten von Webseiten bestehendes Informationsangebot bereits durch die Angabe einer einzigen E-Mail-Adresse der Stufe der Kommunikation zuzurechnen ist. Abgrenzungsprobleme ergeben sich auch im Bereich der Integration. Sollen Lösungen, die mit Medienbrüchen arbeiten – etwa auf CD-ROM verteilte eTaxes-Lösungen – dem eGovernment zugerechnet werden oder nicht?

In der Praxis scheint es sinnvoll, die Anwendung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in der Verwaltung generell als eGovernment zu betrachten und stattdessen zu unterscheiden zwischen Lösungen mit tiefem und hohem Interaktionsgrad bzw. nach integrierten oder nicht-integrierten Lösungen. Die eGovernment Lösungen in der Schweiz sind mehrheitlich noch auf der Stufe der Information oder Kommunikation. Transaktionen können heute noch kaum elektronisch abgewickelt werden. Ein wesentlicher Grund hierfür ist sicherlich, dass entsprechende rechtliche Grundlagen noch nicht geschaffen sind. eGovernment wurde zu lange als rein "technisches Problem" angesehen. Es fehlte an einem ganzheitlichen Verständnis der Problematik.

eGovernment als ganzheitliches Konzept

Nicht selten harzt es bei der Umsetzung von eGovernment-Projekten oder aber sie stossen bei der anvisierten Zielgruppe nicht auf die erwartete Resonanz. Sehr oft lassen sich die Probleme auf den Umstand zurückführen, dass eGovernment nicht als ein umfassendes Konzept gesehen wurde. eGovernment beeinflusst ein Amt mit seiner Kultur, seinen Mitarbeitenden und seinen Anspruchsgruppen grundlegend – und wird von diesen wiederum selbst beeinflusst. Soll eGovernment erfolgreich sein, müssen alle Faktoren aufeinander abgestimmt sein. Um dies zu erreichen, arbeitet das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) in seinen eGovernment-Vorhaben mit einem

ganzheitlichen Modell, welches die Aspekte "Gesellschaft und Politik", "Recht", "Management und Organisation" sowie "Technologie" – die vier wesentlichen Bereiche der Cyberadministration – beleuchtet und die für das konkrete Projekt jeweils richtigen Antworten herauszuarbeiten versucht. In diesem Sinne ist eGovernment als ganzheitliches Konzept zu verstehen.



eGovernment als ganzheitliches Konzept

Gesellschaft und Politik

Wir bewegen uns zweifellos hin zu einer "eSociety". Jedoch wurde die Geschwindigkeit dieses Wandels während der "Hype-Zeit" masslos überschätzt – schliesslich machte die Erfindung von Zügen und Autos alleine die Gesellschaft auch noch nicht mobil. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern "e" denn überhaupt ein gefordertes Konzept ist. Wenn dem so wäre, wieso melden dann derzeit so viele eBusiness-Firmen mit durchaus raffinierten Geschäftsmodellen Konkurs an? Will eGovernment erfolgreich sein, so muss es auf die Bedürfnisse und Erwartungen derjenigen Gesellschaft, der es dienen will, abgestimmt sein. Dabei drängt sich eine noch weitaus umfassendere Frage auf: Der Weg hin zu einer eSociety wird einen langsamen, aber tiefgreifenden Wandel hervorrufen. Wie bei jeder Transformation verbergen sich hier Chancen und Gefahren. Es wird Gewinner, aber auch zahlreiche Verlierer geben, und für einige kann es schmerzhaft werden. Hier muss die Politik frühzeitig Antworten bereithalten und diesen Prozess der Veränderung in eine gesellschaftlich verträgliche Richtung kanalisieren.

Recht

Das Funktionieren unserer Gesellschaft ist unter anderem davon abhängig, ob die gegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen eingehalten werden. Gerade die Verwaltung hat sich an hohen rechtsstaatlichen Werten zu orientieren. Ihr gesamtes Handeln muss in Gesetzen und Verordnungen für jedermann zugänglich festgelegt werden. Nur so ist Gleichbehandlung aller Anspruchsgruppen und die Verhinderung von Willkür gewährleistet. Gerade im Bereich der elektronischen Kommunikation sind bei den Verantwortlichen juristische Unsicherheiten festzustellen. Auch wenn es falsch wäre von einem rechtsfreien Raum zu sprechen, so fehlt es im eGovernment doch weitgehend an Grundsatzurteilen, welche die konkreten Grenzen der neuen Technologien definieren

würden. Die öffentliche Hand ihrerseits hat wenig Interesse, hier klärende Konfrontationen zu suchen. Entsprechend bleibt eGovernment hinter seinen eigentlichen technologischen Möglichkeiten zurück. Sehr oft verzichtet man auf innovative Lösungen, wenn die Rechtslage nicht vollständig geklärt ist. Und vor diesem Hintergrund stellt sich eine weitaus grundsätzlichere Frage: Zu oft wurde in der Vergangenheit die Informatik dazu genutzt, Strukturen neu zu zeichnen und den technologischen Möglichkeiten anzupassen. Doch dieser Ansatz ist grundsätzlich falsch. Die Informatik ist ein Hilfsmittel und hat daher Bestehendes abzubilden – und nicht neu zu erfinden. In diesem Sinne ist die Zurückhaltung bei juristischen Unsicherheiten an und für sich zu begrüßen.

Management und Organisation

Obige Ausführungen legen es nahe: eGovernment ist im Endeffekt eine Chefsache. Leider wird dies immer wieder unterschätzt und damit die Umsetzung der Cyberadministration erschwert. Transaktionsorientiertes eGovernment hat tiefgreifende Änderungen zur Folge. An erster Stelle sind hier die Ablaufprozesse zu erwähnen, die durch den Einsatz der Technologie neu zu definieren sind. Zusätzlich wird ein Kulturwandel innerhalb des Amtes eingeleitet. So etwa wird "Wissen" zu einer reproduzierbaren und ständig abrufbaren Ressource, die nicht mehr an einzelne Mitarbeitende gebunden ist. Im Extremfall werden dadurch sogar existierende hierarchische Strukturen in Frage gestellt. Daneben ergeben sich aber auch viele Probleme im Bereich der so genannten "weichen Faktoren": etwa Ängste der Mitarbeitenden, dass eGovernment vor dem Hintergrund von New Public Management und den knappen Budgets der öffentlichen Hand plötzlich für Rationalisierungen eingesetzt werden könnten, oder die Ängste älterer Mitarbeitender, dass sie mit den neuen Technologien nicht mehr Schritt halten können. Dies alles muss eine Amtsleitung sehr ernst nehmen und geeignet darauf reagieren. Sie muss bereit sein, diesen tiefgreifenden Kulturwandel zu führen. Ansonsten wird eGovernment bei den Mitarbeitenden auf erheblichen Widerstand stossen und ist zum Scheitern verurteilt.

Technologie

Auch wenn die Rolle der Informatik im Rahmen der Cyberadministration in der Regel heillos überschätzt wird, so gilt es dennoch festzuhalten, dass es sich bei eGovernment im Kern um ein technologiegetriebenes Konzept handelt. Und dies geht weit über den elektronischen Auftritt hinaus. Transaktionsorientiertes eGovernment berührt auch die bestehenden "Legacy Systeme" zur Geschäftsverwaltung. Hier müssen die entsprechenden Schnittstellen oft erst gelegt werden. Eine Stufe komplizierter wird es, wenn man mit eGovernment so genannte "Lebenslagen" abbilden will, das heisst, wenn man die Strukturen und Prozesse der Verwaltung darstellen will gemäss den Fragen, womit sich Bürgerinnen und Bürger an die Verwaltung wenden. Hierzu ist amtsübergreifende Kommunikation notwendig, und dies bedingt eine Vernetzung der verschiedenen Systeme. Es fehlt jedoch noch weitgehend an einheitlichen Datenmodellen, welche dies ermöglichen würden. Hier müssen noch erhebliche technische Grundlagen geschaffen werden. Ein anderer Problemkreis im Umfeld der Technologie stellt die Sicherheit dar. Hier müssen dringendst Lösungen (nicht nur technologische) gefunden werden, um die Cyberadministration objektiv sicherer zu machen und den Nutzerinnen und Nutzern subjektive Ängste zu nehmen. Doch damit beginnt ein Teufelskreis: Verstärkte Sicherheit in der elektronischen Kommunikation bedeutet Aufwand für die Anwenderinnen und Anwender – etwa durch die Installation von zusätzlicher Software. Und dies dürfte viele abschrecken, denn erhöhte Sicherheit wird mit gesteigerter Komplexität erkaufte.

medien heft

Michael Gisler, Dr. oec. HSG, war Gründer und Leiter des "Competence Center eGovernment" der Berner Fachhochschule. Derzeit ist er Leiter der Fachgruppe "eGovernment" von SwissICT und für das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation BIT tätig.

Literatur:

Aichholzer, Georg / Schmutzer, Rupert (1999): E-Government. Elektronische Informationsdienste auf Bundesebene in Österreich. Wien.

Bell, Daniel (1973): The Coming of Post-industrial Society. New York.

Burkert, Herbert (1997): Elektronische Demokratie. St. Gallen.

Cest-Bericht (2002): Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft. Die Aktivitäten des Bundes kritisch durchleuchtet. Ergebnisse der Evaluation im Auftrag der Koordinationsgruppe Informationsgesellschaft (KIG) und der Arbeitsgruppe Wissenschaftliche Begleitung (Synthese). Center for Science and Technology Studies (Cest), März 2002:

<http://www.bakom.ch/imperia/md/content/deutsch/telecomdienste/internet/informationsgesellschaft/6.pdf>

Groupe de Réflexion (1997): Für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz. Bern:

http://www.isps.ch/site/attachdb/show.asp?id_attach=407

Informatikstrategieorgan Bund ISB (2002): Regieren in der Informationsgesellschaft.

Die eGovernment-Strategie des Bundes. 13. Februar 2003:

http://www.isb.admin.ch/imperia/md/content/egovernment/egov_strategie/de/egov_strat_bv_dt.pdf

Anhang 1: Begrifflichkeiten und Definitionen:

http://www.isb.admin.ch/imperia/md/content/egovernment/egov_strategie/de/egov_strat_anhang1_dt.pdf

Anhang 2: Strategische Leitprojekte (Stand April 2003):

http://www.isb.admin.ch/imperia/md/content/egovernment/egov_strategie/de/anhang2_akt_april_de.pdf

Anhang 3: eDemocracy (Stand April 2003):

http://www.isb.admin.ch/imperia/md/content/egovernment/egov_strategie/de/anhang3_akt_april_de.pdf

Koordinationsgruppe Informationsgesellschaft KIG (2003): 5. Bericht der Koordinationsgruppe Informationsgesellschaft (KIG) an den Bundesrat. Juni 2003:

http://www.bakom.ch/imperia/md/content/deutsch/telecomdienste/internet/informationsgesellschaft/5kig_bericht.pdf

Muralt Müller, Hanna (2000): E-Government – Herausforderung für Behörden. In: NZZ, 14.4.2000.

Schweizerischer Bundesrat (1998): Strategie des Bundesrates für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz. 18.2.1998, Bern: http://www.infosociety.ch/site/attachdb/show.asp?id_attach=822

Trappel, Josef (1997): Die Schweiz auf dem Weg in die Informationsgesellschaft. Prognos-Studie, Basel: http://www.isps.ch/site/attachdb/show.asp?id_attach=410

Links:

Bundesamt für Informatik und Telekommunikation BIT: <http://www.bit.admin.ch/internet>

Informatikportal der Schweizerischen Bundesverwaltung: <http://www.informatik.admin.ch>

KIG – infosociety.ch: <http://www.infosociety.ch/site/default.asp>